

Aktuelle Chronik

Chronik der politischen Entwicklung Asiens vom 1. Oktober bis 31. Dezember

UWE G. FABRITZEK

Erklärtes Ziel der Aktuellen Chronik ist eine umfassende Information über die relevanten Ereignisse in Asien im Berichtszeitraum. Die zugrunde gelegten Quellen werden aus dem nachstehenden Abkürzungsverzeichnis ersichtlich, wobei Verweise auf Zeitungsartikel in der Regel als Hinweise auf ausführlichere Darstellungen und Hintergrundinformationen zu verstehen sind.

Eine Aufnahme von Dokumenten ist wegen des begrenzten Umfangs nicht vorgesehen, doch bestimmt hier die Ausnahme die Regel.

Zur Gliederung: Die Chronik ist in die Regionen Süd-, Südost- und Ostasien unterteilt. Innerhalb der Regionen wird die Entwicklung der einzelnen Staaten detailliert dargestellt, wobei zumeist eine Unterteilung in Inneres, Wirtschaft und Äußeres notwendig erschien.

Im Abschnitt Äußeres sind die innerasiatischen Aktivitäten jeweils dem Entsendungsstaat zugeordnet; ein pakistanischer Besuch in der VR China ist dementsprechend unter Pakistan zu finden etc.

Abkürzungen

ADN	— Amtliche Deutsche Nachrichtenagentur, DDR
AFP	— Agence France Press, Frankreich
AIR	— All India Radio, Indien (nach MD)
ATA	— Albanian Telegraph Agency
BTA	— Bulgarian Telegraph Agency
CTK	— Československá Tisková Kancelár, Nachrichtenagentur der CSSR
DPA	— Deutsche Presseagentur, BRD
FCN	— Free China News, Taipei
FAZ	— Frankfurter Allgemeine Zeitung
FE	— Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, BBC London
FEER	— Far Eastern Economic Review, Hongkong
HNA	— Hsinhua News Agency, Daily Bulletin, London
IHT	— International Herald Tribune
ISI	— Indian Standards Institutions, Rundfunk Indien
Isv	— Isvestija, Moskau
JAT	— The Japan Times, Tokio
JMJP	— Jen-min Jih-pao (Volkszeitung), Peking
KCNA	— Korean Central News Agency, Nordkorea
KMJP	— Kuang-ming Jih-pao, VR China
Kr. Sv.	— Krasnaja Svesda, Moskau
MD	— Monitor-Dienst der Deutschen Welle, Köln
MENA	— Middle East News Agency, Ägypten
MTI	— Magyar Tavirati Iroda, Nachrichtenagentur Ungarns
NCNA	— New China News Agency, Nachrichtenagentur der VR China
ND	— Neues Deutschland, DDR
NZ	— Neue Zeit, Moskau
NZZ	— Neue Zürcher Zeitung
PAP	— Polska Agencja Prasowa, Nachrichtenagentur Polens

- Pr — Prawda, Moskau
- PR — Peking Rundschau, Peking
- R. — allgemein für Radio
- RD — Rabotnicesko Delo, Bulgarien
- RP — Radio Peking
- SCMP — South China Morning Post, Hongkong
- SZ — Süddeutsche Zeitung, München
- TASS — Telegrafnoje Agenstwo-Sowetskowo Ssojusa, UdSSR
- TST — The Straits Times, Manila
- USIS — United States Information Service Washington
- VNA — Vietnam News Agency, Nachrichtenagentur Nordvietnams
- W — Summary of World Broadcasts, Part 3, The Far East, Weekly Report

I. Südasien

1. Afghanistan

Inneres Seit dem Staatsstreich vom 17. 7. wurde die innenpolitische Situation noch undurchsichtiger, zumal eine scharfe Pressezensur eine umfassende Information äußerst schwierig gestaltet. Nach dem angeblichen Putsch vom 20. September (vgl. IASF 1/74 S. 112) wurden eine Reihe von Politikern und Militärs, unter ihnen die Generäle Abdul Razak und Khan Mohammad, verhaftet (R. Kabul 22. 9. FE 4407, Tass 23. 9.). Einige Wochen nach dem Staatsstreich hatte sich an mehreren Orten Widerstand gegen die neue Regierung gezeigt, der vor allem von mohammedanischen Geistlichen ausging; im Norden des Landes kam es zu mehreren Zwischenfällen. Der angebliche Selbstmord des ehemaligen Premierministers M. H. Maiwandwal stand dabei im Mittelpunkt; Maiwandwal war verhaftet worden und hatte der offiziellen Darstellung nach Selbstmord verübt, anderen Berichten zufolge war er Mißhandlungen erlegen (R. Kabul 2. 10. FE 4415, NZZ 30. 12.). Andere Mitverschwörer wurden im Dezember hingerichtet. Der Gouverneur von Kandahar, Khan Mohammad Wali, wurde verhaftet und legte ein Geständnis ab (R. Kabul 6. 10. FE 4419). Neuer Gouverneur von Kandahar wurde Mohammad Ayub Aziz, Gouverneur von Badakhshan wurde Taj Mohammad (R. Kabul 7. 11. FE 4446). Anfang November wurde eine Reorganisierung der Provinzen angekündigt, mit der die Provinz Kapisa als Chefdistrikt zur Provinz Parwan kam (R. Kabul 7. 11. FE 4446). Ein neues Polizeigesetz trat Mitte Oktober in Kraft; danach sollen Reformen auf dem Gebiet der Ausbildung und der Rekrutierung verwirklicht werden (R. Kabul 23. 10. FE 4433). Per Dekret des Präsidenten wurden seit dem 18. Juli insgesamt 4413 Gefangene freigelassen, da diese Häftlinge keinen „gerechten“ Verfahren unterworfen worden seien (R. Kabul 1. 10. FE 4414, 25. 10. FE 4435). Seit dem 19. 10. werden neue Pässe für alle Bürger ausgegeben (R. Kabul 19. 10. FE 4431). In einer Regierungserklärung vom 24. 10. wurde die künftige Kulturpolitik dargelegt, deren grundlegendes Ziel die Bewahrung des Kulturerbes „im Kontext des wissenschaftlichen und technologischen Wandels und im Geiste der Koexistenz“ ist. Danach sollen eine Reihe von Dialekten bzw. Sprachen gefördert werden, ebenso wie handwerkliche Fertigkeiten, während historische Relikte geschützt werden sollen (R. Kabul 24. 10. FE 4435, IHT 8. 12.). Am 25. 10. erfolgte die Hinrichtung von fünf Personen im Zusammenhang mit dem Putsch vom September, unter ihnen der ehemalige Provinzgouverneur General Khan Mohammad (NZZ 27. 12.). Das politische Klima verschlechterte sich seit dem Staatsstreich weiter, da das Mißtrauen gegenüber allen und jeden vorherrscht. Das in seiner Zusammensetzung nicht bekannte „Zentralkomitee“ junger Offiziere hat die Funktion einer Art „Überkabinett“ übernommen, während Daud versucht, seine Position mit Hilfe seiner Vertrauten auszubauen (NZZ 30. 12.).

Wirtschaft Die Regierung ist bemüht, Korruption und Verschwendung zu begrenzen. Andererseits wurden zahlreiche hohe Beamte aus politischen Gründen durch in der Regel weniger geeignete ersetzt, so daß die nicht sehr effizient arbeitende Staatsverwaltung weiter geschwächt wurde. Die Sommer- und Herbsterte war nach mehreren Jahren der Dürre außerordentlich gut, was zu einem ausreichenden Lebensmittelangebot und sinkenden Preisen führte (NZZ 30. 12.). Die Projekte in Helmand, Konarha und Paktia kamen Anfang Oktober unter die Verantwortlichkeit des Landwirtschaftsministeriums (R. Kabul 11. 10. FE 4426). Der land- und

forstwirtschaftliche Bereich steht im Mittelpunkt der zahlreichen Entwicklungshilfeaktionen, da wegen des früheren Raubbaus große Teile des Waldbestandes abgeholzt wurden und Erosionserscheinungen nach sich zogen, die eine Verödung des Gebietes zur Folge hatten. Die untergeordnete forstliche Dienststelle beim Landwirtschaftsministerium schaffte es bisher nicht, Einfluß in forstliche Belange zu nehmen (NZZ 12. 12.).

Äußerer: U d S S R : Die Beteiligung der UdSSR am Staatsstreik ist nach wie vor ungewiß, doch konnte Moskau seither seinen Einfluß erheblich steigern. So wurde u. a. die seit längerem von Moskau ausgerüstete und ausgebildete Armee Afghanistans verstärkt, seit Mitte des Jahres wurden etwa 400 bis 800 gepanzerte Fahrzeuge und neue Flugzeuge, wahrscheinlich begleitet von Technikern, geliefert. Amerikanische, französische und deutsche Experten zogen ab und die Ablösung der „Panam“ durch die „Aeroflot“ als Berater der afghanischen Luftfahrtgesellschaft ist im Gespräch (NZZ 30. 12.). Außerdem wurden zahlreiche Kontrakte und Vereinbarungen geschlossen: Am 5. 8. ein Kontrakt im Werte von 560 700 \$ über den Export von Baumwolle in die UdSSR (insgesamt 1973 4700 t) (R. Kabul 5. 8. W 737); am 8. 8. ein Abkommen über Projekthilfe für das polytechnische Institut in Kabul in Höhe von 13,7 Mio. Rubel (R. Kabul 8. 8. W 738); ein Kontrakt über die Lieferung von 2800 t Zucker (R. Kabul 14. 8. W 738); ein Protokoll über die Arbeit sowjetischer Veterinäre in Afghanistan (Tass 20. 8. W 740); eine Vereinbarung über die Ausweitung der technischen und wirtschaftlichen Hilfe in Ergänzung des Abkommens vom 11. 7. 1972 am 29. 8. (R. Kabul 30. 8. W 740); ein Abkommen über den Export von Erdgas in die UdSSR am 27. 9. (R. Kabul 28. 9. FE 4412); Hilfe beim Bau eines Kunstdüngerwerkes in der Nähe von Mazar-i-sharif (Tass 24. 10.) sowie ein Kontrakt über die Lieferung von 2000 t Zitrusfrüchten in die UdSSR am 13. 11. (R. Moskau 16. 11. W 753). Eine Militärdelegation unter Marschall Moskalenko hielt sich vom 15.—25. 10. in Afghanistan auf (FE 4427—37), C S S R : Vom 3.—19. 12. Besuch einer Delegation aus der CSSR, die u. a. Gespräche über eine Anleihe und Projekthilfe führte (FE 4469, 83). P a k i s t a n : Das Verhältnis verschlechterte sich seit dem Staatsstreik, insbesondere wegen der Hochspielung der Paschtunistanfrage (R. Kabul 14., 15. 10. FE 4426, 27), verstärkt durch Berichte über die angebliche Unterdrückung politischer Gefangener in Pakistan (R. Kabul 21. 10., 23. 11. FE 4432, 4460). V R C h i n a : Abkommen am 21. 11. über den Bau eines 250-Betten-Hospitals in Kandahar, Fertigstellung 1975 (R. Kabul 22. 11. W 753). N o r d k o r e a : Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 26. 12. (NCNA 28. 12.). I r a n : Lufttransportabkommen am 9. 7. (NCNA 9. 7. W 734). B u n d e s r e p u b l i k D e u t s c h l a n d : Anleihen in Höhe von 28 Mio. DM zum Bau von Silos, 6,4 Mio. DM für die Wasserversorgung Kabuls und eine weitere Anleihe für Projekte zur Benzinversorgung (R. Kabul 14. 11. W 755).

2. Bangla Desh

Inneres Am 3. 10. wurden 14 Staatsminister in Dacca durch Präsident Chowdhury vereidigt (Namensliste FE 4419); am 4. Oktober erfolgte eine Kabinettsumbildung, nach der Premierminister Rahman die Ressorts Hilfe und Rehabilitation, Information und Rundfunk zusätzlich zu den Ressorts Verteidigung, Planungswesen, Kabinettangelegenheiten und Wiederaufbau übernahm. Der frühere Minister für Hilfe, Sohrab Hussain, übernahm das Ressort Arbeit, Wohnungsbau und landwirtschaftliche Entwicklung, Sheik Abdul Aziz übernahm das Post- und Nachrichtenwesen, während General Osmani Schiffahrt, Flugverkehr und Transportwesen übernahm (R. Dacca 4. 10. FE 4419). Am 14. 10. erfolgte die seit langem geplante Gründung der „Vereinigten Volksfront“ (Gana Uikho Jote), eine Allianz zwischen der regierenden Awami-Liga sowie der Nationalen Awami-Partei und der KP (beide prosovietisch). Ziel der Vereinigung ist es, „gemeinsam gegen die Feinde des Landes anzukämpfen und für eine Lösung der nationalen Probleme zu arbeiten“. Das Aktionsprogramm sieht vor allem gemeinsame Aktionen gegen „Diebe, Räuber, Mörder und politische Anarchisten“ vor, gegen Hamsterer, Schmuggler und asoziale Elemente, außerdem soll die Korruption ausgemerzt werden. Tatsächlich stellt dieses Programm eine Kapitulation der Awami-Liga dar, da es beweist, daß es ihr in zwei Jahren nicht gelang, die größten Mißstände zu beseitigen. Als „gemeinsamer Feind“ wurden „antiindische, prochinesische und propakistanische Elemente“ bezeichnet, woraus hervorgeht, daß die prosovietischen Parteien in Abstimmung mit Moskau handelten (R. Dacca 15. 10. FE 4426, NZZ 14. 11.). Im Gegenzug gründeten vier ultralinke Gruppen

prochinesischer Ausrichtung eine „Gegenallianz“, ihre Führer sind Mohammed Toaha, Mohammed Allauden, Abdul Matin, Siraj Sikdhar (NZZ 14. 11.). Staatspräsident Abu Sayed Chowdhury trat am 25. 12. von seinem Amt zurück und wird künftig als Sonderbeauftragter der Regierung für Auswärtige Angelegenheiten mit Kabinettsrang wirken. Vorläufiger Staatschef wurde Parlamentspräsident Mahmud Ullah (NZZ 27. 12.). Die innenpolitische Situation ist weiterhin vom sich ausweitenden Gangstertum, offiziell dem „Terror asozialer Elemente“ bestimmt. Das Land verfügt nicht über genügend Ordnungskräfte, zudem sind Tausende einst relativ disziplinierter Freischärler weiterhin bewaffnet und stehen teilweise im Dienst rivalisierender politischer Parteien. Seit der Unabhängigkeit sind über 7000 Personen Gewaltakten zum Opfer gefallen, wobei politische wie kriminelle Motive gleichermaßen verantwortlich zu machen sind. Neben den etwa 45 000 Mann der Polizei wurden bereits vor einiger Zeit die „Rakhi Bahini“, eine Art Miliz, gegründet, die die Polizei unterstützen soll, die sich jedoch primär als bewaffneter Arm der Awami-Liga im Kampf gegen die Opposition versteht. Von der Regierungsseite werden diese Elemente als Angehörige „ultralinker“ Gruppen bezeichnet, die mit Unterstützung Chinas und Pakistans arbeiten, doch wird diese Definition der tatsächlichen Zusammensetzung der Terroristen nicht gerecht (NZZ 30. 10., R. Dacca 11. 11. FE 4449). In großangelegten Operationen gegen den Schmuggel wurden allein an einem Tag 680 Schmuggler festgenommen (R. Dacca 2. 12. FE 4467). Zum zweiten Jahrestag der Unabhängigkeit am 16. Dezember wurde eine Amnestie erlassen, die etwa 36 000 Gefangene betrifft, die wegen Kollaboration teilweise zu hohen Strafen verurteilt worden waren. Ausgenommen sind etwa 15 000 wegen Gewalttaten inhaftierte Personen (FAZ 3. 12.). Am 8. 12. wurde der Sicherheitsdienst im Hafen von Chittagong von der Armee übernommen, nachdem alle bisherigen Bemühungen, den Schmuggel und die Kriminalität einzudämmen, erfolglos geblieben waren (R. Dacca 8. 12. FE 4474). Vom 4.–6. 12. fand der erste Kongreß der KP Bangla Deshs seit ihrer Zulassung statt. Auf ihm trat auch Premier Rahman als Sprecher auf, Delegationen aus der UdSSR, der DDR, Bulgarien, Ungarn und Polen wiesen die KP als prosovietisch aus (Tass 4. 12., R. Dacca 4. 12. FE 4469).

Wirtschaft Das Defizit an Nahrungsmitteln wird auf 1,3 Mio. t weniger als 1972 geschätzt (R. Dacca 19. 11. W 752). Der erste Fünf-Jahres-Plan sieht ein Gesamtvolumen von 44,55 Mia. Taka vor. Sein Schwergewicht liegt auf der Selbstversorgung und der beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung, er sieht eine Steigerung des nationalen Einkommens von 5,5% jährlich vor; 39,52 Mia. Taka Ausgaben sind auf dem öffentlichen Sektor vorgesehen (89%), wovon 39% Fremdkapital sind (R. Dacca 28. 11. FE 4465). Im krassen Gegensatz dazu steht die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung, die stagniert. Bangla Desh war nicht in der Lage, das angesichts der Ölverknappung dringend benötigte Jutematerial zur Verfügung zu stellen, da infolge der Mißwirtschaft die Produktion nur die Hälfte der geplanten Menge erreichte, verbunden mit erhöhten Produktionskosten. Maßgeblich verantwortlich dafür sind die Wirtschaftspolitik und das mangelnde Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft des Landes, das notwendige Entscheidungen verhinderte (IHT 10. 12.).

Äußeres/Allgemein Am 12. 11. wurde Bangla Desh gegen den Widerstand Pakistans Mitglied der FAO (NZZ 15. 11.). Ende des Jahres wird eine der größten Hilfsoperationen der UNO mit der Schließung des Sonderbüros Unrob in Bangla Desh beendet. Nach dem Abschlußbericht von Generalsekretär Waldheim spendeten die UNO 1324 Mio. \$ seit der Unabhängigkeit im Dezember 1971; allein 1973 wurden 2 368 000 t Getreide geliefert (NZZ 11. 12.). **Asien:** **Pakistan:** Vom 19. 9. bis Anfang Dezember wurden mehr als 100 000 Personen repatriiert; davon wurden etwa 51 000 von Pakistan nach Bangla Desh, 20 000 in umgekehrter Richtung und 29 000 Personen von Indien nach Pakistan transportiert (NZZ 7. 12.). (Vgl. Pakistan.) **Afgghanistan:** Der Standpunkt Afghanistans in der Paschunistanfrage wird von der Regierung in Dacca unterstützt (R. Dacca 9. 10. MD 10. 10.). **Japan:** Vom 18.–23. 10. hielt sich Scheich Mujibur Rahman mit Außenminister Hossain und hohen Beamten in Japan auf, wo er von Premier Tanaka, Außenminister Ohira und dem Kaiser empfangen wurde. Praktisches Ergebnis ist ein langfristiger niedrig verzinslicher Kredit von 9 Mia. Yen zu günstigen Bedingungen, außerdem stellt Tokyo 1 Mio. \$ für die UNO-Flüchtlingskommission zur Verfügung (JIJI Press 23. 10., R. Japan 24. 10., NZZ 25. 10.). **Philippinen:** Besuch Rahmans auf dem Rückweg von Japan und Gespräch mit Präsident Marcos über Zusammenarbeit am 24. 10. (R. Dacca 24. 10. W 750). **Südvietnam:** Aufnahme diplomatischer Beziehun-

gen mit der Provisorischen Regierung des Vietkong am 24. 10. (ADN 25. 10.). **Südkorea:** Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 18. 12. (R. Seoul 18. 12.). **Afrika:** Jordanien/Dahome: Anerkennung Bangla Deshs am 16. bzw. 23. 10. **Liberia:** Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 29. 12. (Mena 29. 12.). **Europa:** Bundesrepublik Deutschland: Erhöhung der Wirtschaftshilfe auf 80 Mio. DM, davon 30 Mio. DM als Projekthilfe. Rückzahlung innerhalb von 50 Jahren, 10 Jahre Aufschub (R. Dacca 6. 10. W 746). **Sozialistische Staaten:** UdSSR: Moskau stellte für das Repatriierungsprogramm ein Flugzeug und ein Passagierschiff zur Verfügung (R. Dacca 22. 9. FE 4407, AIR 5. 11.). Unterzeichnung eines Abkommens am 6. 11. über den Import von Schwerlastwagen und Ausrüstungsgegenständen im Werte von 8 Mio. Rupien (R. Dacca 6. 11. W 750); Unterzeichnung eines Handelsabkommens über Lieferung von Jute 1973/74 im Wert von 1361 Mio. £ Sterling am 6. 11. (Tass 6. 11. W 750); zur Ausrüstung der Polizei werden 600 Kfz und Ersatzteile im Werte von etwa 20 Mio. Taka geliefert (R. Dacca 2. 12. W 754). Am 15. 12. reiste Außenhandelsminister Kamruzzaman zu einem neuntägigen Besuch in die UdSSR (R. Dacca 15. 12. FE 4479). Die Bergungsaktion im Hafen von Chittagong wurde zum dritten Mal verlängert. Am 20. 12. wurde ein Protokoll über die Bergung weiterer sechs Schiffe unterzeichnet; die Operation soll Ende Juni 1974 beendet sein (R. Moskau 22. 12. FE 4484). Die VR China kritisierte die seit April 1972 in Chittagong anwesende Marine wegen des Versuches, eine „Basis“ zu errichten, und zitierte kritische Stimmen aus Bangla Desh (NCNA 27. 8. FE 4486, NZZ 15. 12., FAZ 15. 12.). CSSR: Am 25. 9. wurde ein Kredit in Höhe von 5 Mio. \$ zum Bau eines 60-MW-Kraftwerks in Khulna und Chittagong gewährt (R. Dacca 25. 9. W 744). **Bulgarien:** Unterzeichnung eines Handelsprotokolls, das einen Warenaustausch von 55 Mio. Taka 1974 vorsieht (R. Dacca 9. 11. W 750). **Polen:** Unterzeichnung eines Abkommens über die Lieferung elektrischer Ausrüstung und Materialien in Höhe von 461 000 Taka für das Kraftwerk in Tongi (R. Dacca 8. 12. W 754). **Ungarn:** Abkommen über die Lieferung von Materialien zum Eisenbahnbau im Werte von 4000 Pfund (R. Dacca 16. 10. W 747); Abkommen am 6. 12. über technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit des Austausch von Beratern und Experten (R. Dacca 6. 12. W 754); Handelsabkommen für 1974/75 über Warenaustausch in Höhe von 60 Mio. Taka (MTI 8. 12. W 754). **Rumänien:** Abkommen über den Kauf von 19 300 Ballen Jute im Werte von etwa 460 000 £ Sterling (R. Dacca 2. 10. W 745).

3. Indien

Inneres Die Autorität der Regierung sinkt weiter. Maßgeblich beteiligt ist die mangelnde Versorgung mit Nahrungsmitteln, die entscheidend unter der Verstaatlichung des Weizen-großhandels leidet, die von Mißerfolgen gekennzeichnet ist. Hinzu kamen Schwierigkeiten auf dem Energiesektor, die ebenfalls Prestige kosteten und die zusammen mit der um sich greifenden Korruption und sozialen Mißständen die Unzufriedenheit schüren (NZZ 4. 10.). Demgegenüber erklärte Frau Gandhi des öfteren, „daß nur eine starke demokratische Regierung auf der Grundlage des Sozialismus und Säkularismus Güter vermitteln und die Probleme der Menschen“ lösen könne, und sprach damit konkret die Minderheiten und Sprachenprobleme des Landes an (ISI 23. 10.). Zu Veränderungen innerhalb des Kabinetts kam es am 8. November mit folgenden Neubesetzungen: Transport- und Schifffahrtsminister — K. Ripathe; Nachrichtenwesen — R. Bahawor; Gesundheit und Familienplanung — K. Singh; Energie und Bewässerung — K. C. Pant; Versorgung und Rehabilitierung — R. K. Khadiikar. Damit verfügt das Kabinett über insgesamt 17 Ressorts; zu Veränderungen kam es auch bei den stellv. Ministern (R. Delhi 8., 9. 11. FE 4446, 47). Wiederholt appellierte Frau Gandhi an die Arbeiterschaft, einen Beitrag zur Wirtschaftsstabilität zu leisten und auf Streiks zu verzichten (AIR 13. 11.); gleichzeitig trat sie für eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition in nationalen Fragen, zur Behebung der Wirtschaftsmisere ein (R. Delhi 14. 11. FE 4455). Rücktrittsgerüchte um Frau Gandhi von Mitte November fanden keine Bestätigung (NZZ 19. 11., FAZ 20. 11.). Ein Mißtrauensantrag der KPI(ML) wegen der Wirtschaftssituation wurde am 22. 11. mit 247 zu 53 Stimmen abgelehnt (R. Delhi 21., 22. 11. FE 4458, 59). Ende November wurden Maßnahmen zur Entwicklung der rückständigen Bevölkerungsschichten beschlossen, für die 170 Mio. Rupien zur Verfügung gestellt werden sollen (AIR 21. 11.). Bestrebungen, den Einfluß des Auslands in Indien zu mindern, wurden sowohl durch die Vor-

bereitung eines neuen Pressegesetzes (R. Delhi 3. 12. FE 4468) als auch durch ein Zusatzgesetz zur Kontrolle von Großunternehmen vom 4. 12. evident (ISI 5. 12.). **Bundesstaaten:** Die Sorgen Frau Gandhis mit den Gliedstaaten spiegeln den Zustand der regierenden Kongreßpartei wider. Im Mittelpunkt stehen dabei Uttar Pradesh, Orissa, Bihar und Andhra Pradesh (NZZ 22. 11.). In Uttar Pradesh, dem bevölkerungsreichsten Gliedstaat (90 Mio.), brach Anfang Oktober wegen eines Streiks weitgehend die Stromversorgung zusammen, nachdem Kraftwerkseinrichtungen zerstört worden waren, die auch von politischer Relevanz sind, da im Frühjahr Landtagswahlen anstehen (NZZ 6. 10.). Der Streik wurde Ende Oktober abgebrochen, nachdem die Ordnungskräfte Schießbefehl erhalten und Hunderte von Streikenden verhaftet hatten (NZZ 25. 10.). Am 8. 11. wurde die Präsidentialherrschaft aufgehoben, Chef der neuen Landesregierung wurde der ehem. Postminister Bahuguna, damit Nachfolger von K. Tripathi, der ein Amt als Bundesminister erhielt (AIR 8. 11. NZZ 10. 11.). Am 12. 12. kam es zu neuen Unruhen als Folge von Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems in Meerut (NZZ 15. 12.). Am 10. 12. wurde in Andhra Pradesh die Präsidentialherrschaft durch eine Regierung unter J. B. Rao beendet (AIR 10. 12.). Neuer Chefminister von Rajasthan wurde nach dem Tode von B. Khan H. D. Joshi (AIR 23. 10.). Tausend ehemalige Rebellen des Nagalandes wurden in ein Bataillon der Grenzsicherheitskräfte aufgenommen (R. Delhi 24. 10. FE 4435); zum 10. Jahrestag der Mitgliedschaft Nagalands trat Frau Gandhi für einen Dialog mit dem selbsternannten Führer der Nagas, Phizo, ein und forderte ihn zu einer verantwortlichen Mitarbeit am Aufbau des Staates auf (R. Delhi 1. 12. FE 4467). Neuerliche Unruhen gab es Mitte November in Jammu (R. Delhi 15. 11. FE 4453), während Scheich Abdullah mehrfach betonte, daß Kaschmir ein Teil Indiens sei und ein unabhängiges Kaschmir von ihm als „unrealistisch“ bezeichnet wurde (R. Delhi 18. 11., 2. 12. FE 4455, 68). Mysore wurde mit Wirkung vom 1. November in Karnataka umbenannt (R. Delhi 31. 10. FE 4440). Die Mizo-Union, die älteste Partei Mizorams, entschloß sich am 3. 11. zu einem Zusammengehen mit der Kongreßpartei (R. Delhi 4. 11. FE 4443). **Verteidigung:** Verteidigungsminister Ram erklärte am 26. 10., daß nur „eine geringe Chance“ zur Reduzierung der Streitkräfte bestehe, da weder die Politik Chinas noch Pakistans dazu Veranlassung gäben (R. Delhi 26. 10. FE 4437). Die Möglichkeit, den Verteidigungshaushalt zu verringern, schloß Ram am 2. 11. mit dem Hinweis auf die permanente Bedrohung aus (ISI 3. 11. FE 4443). Die Produktion von Militärgütern hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt, der Gesamtwert stieg von 1,1127 Mia. 1968/69 auf 2,050 Mia. 1972/73. Insgesamt 79 000 Personen werden von der Verteidigungsindustrie in 30 Fabriken beschäftigt (ISI 1. 10. FE 4414).

Wirtschaft Erstmals wurden im öffentlichen Sektor der Wirtschaft Gewinne gemacht; 1972/1973 betragen sie 90 Mio. Rupien, gegenüber 145 Mio. Verlust im Vorjahr, wobei die Indian Oil Company mit 200 Mio. Gewinn den meisten Profit brachte (R. Delhi 25. 9. W 744). Frau Gandhi äußerte sich am 2. 10. zuversichtlich zur wirtschaftlichen Lage des Landes und betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Öffentlichkeit und Regierung (ISI 2. 10.). Die Erdölknappheit gab den Juteerzeugnissen des Landes größere Wettbewerbschancen gegenüber den Synthetikwaren, wodurch sich die Exportaussichten wesentlich verbesserten (ISI 18. 10.). Am 29. 10. legte Frau Gandhi den Grundstein für einen „Superstaudamm“ am Fluß Kalimadi im Staat Mysore (R. Delhi 29. 10. W 748). Als erster Unionsstaat verstaatlichte Assam am 1. 11. den gesamten Reishandel, nachdem im Juli der Getreidehandel in Staatshände übergegangen war (ADN 1. 11.). Eine unmittelbare Folge der Ölknappheit war eine drastische Erhöhung der Benzinpreise in Indien von 1,66 auf 2,73 Rupien (64th%) Anfang November. Da gleichzeitig auch eine akute Kohlenkrise bestand, wurde der Schienenverkehr erheblich eingeschränkt, was vor allem auf die Verstaatlichung vieler Zechen und den damit verbundenen Produktionsrückgang zurückzuführen ist (NZZ 5. 11.). Am 6. 11. Generalstreik in Delhi, der von den großen Gewerkschaften unter der Forderung von Preisenkungen und gerechter Löhne veranlaßt wurde (ISI 7. 11.). Der Entwurf des neuen Fünfjahres-Planes mußte wegen der jüngsten Preissteigerungen verändert werden (ISI 15. 11.). Der Entwurf wurde am 8. 12. vorgelegt und sieht eine Gesamthöhe von über 53 Mia. Rupien vor, 37 Mia. davon für den öffentlichen Sektor. Der Plan zielt auf eine jährliche Wachstumsrate von 5,5% ab (R. Delhi 8. 12. W 755). Trotz der angeblichen Sicherung des Erdölbedarfs bis 1974 wurden Ende November Anstrengungen unternommen, den Benzinverbrauch auf 25% zu drosseln, was der Kunstdüngerproduktion zugute kommen sollte, die wiederum die Getreideerzeugung im Laufe der nächsten 12 Monate um „mindestens 5 Mio. t“ steigern sollen

(NZZ 22. 11.). Am 2. 12. wurde die Reirration von 160 g täglich für Erwachsene (im Mai auf 40 g reduziert) wieder erhöht (R. Delhi 2. 12. FE 4467). Am 24. 12. wurde ein Gesetz vorgelegt, nachdem jedem Inder und jeder Gesellschaft oder Partei verboten ist, ausländische Beteiligungen anzunehmen. Alle ausländischen Beteiligungen werden künftig als verloren betrachtet, wenn sie nicht ein Geschenk zum persönlichen Gebrauch in einer Höhe von maximal 5000 Rupien sind (R. Delhi 24. 12. FE 4486). Anzeichen für einen pragmatischen Kurs in der Wirtschaftspolitik wurden Mitte November deutlich, als Frau Gandhi erstmals bei Privatkonzernen nach Rezepten für die Stimulation der Industrieproduktion anfragte (NZZ 18. 11.).

Äußeres/Asien **Afghanistan**: Außenminister Singh vom 29. 10.—1. 11. in Kabul; Gespräche mit Präsident Daud und weiteren Politikern über internationale Fragen, bilaterale Beziehungen und den indisch-pakistanischen Konflikt; Absichtserklärung, die Zusammenarbeit zu erweitern (ISI 30. 10., 2. 11., FE 4441). **Pakistan**: Der vereinbarte Gefangenenaustausch machte zunächst nur langsame Fortschritte, trotz wiederholter Erklärungen Frau Gandhis, in Frieden mit dem Nachbarstaat leben zu wollen (R. Delhi 29. 9. FE 4414). Am 26. 10. reiste eine Delegation nach Dacca, um den Fortschritt, der seit dem 19. 9. laufenden Repatriierung zu erörtern (AIR 24. 10.). Bei den Gesprächen wurde die Erhöhung der Austauschrate vereinbart (R. Delhi 8. 11. FE 4447). Berichte über US-Waffenhilfe für Pakistan wurden mit Mißtrauen verfolgt (R. Delhi 30. 11. FE 4466). Am 6. 12. beschuldigte Außenminister Singh Pakistan der Verletzung des Simla-Abkommens während der Reise Bhuttos durch Kaschmir (R. Delhi 6. 12. FE 4471). **Nepal**: Am 27. 12. begannen Verhandlungen in Delhi über die künftige Gestaltung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, nachdem es zuvor zu Auseinandersetzungen wegen der neuen Handelsvorschriften Nepals gekommen war (R. Delhi 11., 27. 12. W 755, FE 4486). König Birendra besuchte Mitte Oktober Neu Delhi; der Besuch führte nach dem gemeinsamen Communiqué zu einer „Vertiefung des Verständnisses zwischen beiden Ländern“ (AIR 14. 10.). **Sri Lanka**: Am 15./16. 10. Gespräche von Kewal Singh in Colombo über die Wirtschaftsbeziehungen und die Repatriierung indischer Bürger (R. Delhi 16. 10. FE 4427). Unterzeichnung eines Abkommens am 9. 11. über die Kooperation auf dem Gebiet des Schifffahrtswesens (R. Delhi 9. 11. W 750). **Indonesien**: Errichtung einer gemeinsamen Textilmühle in Zentraljava durch eine indische Firma (R. Ankara 13. 10. W 748); Besuch des Staatschefs der Armee G. Dewoor vom 30. 10.—5. 11. in Indonesien (R. Delhi 27., 28. 10. FE 4437). **VR China**: Außenminister Singh äußerte sich am 8. 11. positiv über die Zukunft des indisch-chinesischen Verhältnisses (ISI 8. 11. FE 4448). Diese Auffassung wiederholte er am 15. 11. und fügte hinzu, daß Delhi die Normalisierung mit Peking wünsche (R. Delhi 15. 11. FE 4453). **Korea**: Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nord- und Südkorea mit Wirkung vom 10. 12. (CNA 10. 12. FE 4473). Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südkorea am 23. 11. (R. Delhi 23. 11. W 753). **Japan**: Japan erklärte sich Anfang Dezember bereit, die Devisenkosten für drei Projekte bis zu einem Gesamtbetrag von 32,9 Mia. Yen zu finanzieren (ISI 19. 12.).

Afrika/Naher Osten: **Iran**: Außenminister Singh äußerte sich besorgt über die Waffenlieferungen des Iran an Pakistan (AIR 15. 11.). Außenminister K. A. Chalabari besuchte vom 10. bis 12. 12. Indien und führte dort u. a. Gespräche über die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (P. Delhi 10. 12. FE 4473, 74); Unterzeichnung eines Kulturabkommens am 12. 12. (R. Delhi 12. 12. FE 4477). Über die Kürzung der arabischen Öllieferung zeigte sich Indien enttäuscht, nachdem kurz zuvor optimistische Aussagen über die Energiewirtschaft des Landes gemacht worden waren (ISI 21. 10., R. Delhi 19. 10. FE 4431, ISI 3. 11.). **Zaire**: Dreitägiger Besuch des Außenministers in Delhi; Absichtserklärung, die wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren (R. Delhi 29. 11. FE 4464). **Libyen**: Libyen wird in den nächsten 15 Monaten 4,5 Mio. t Rohöl liefern (CTK 25. 9. W 744). **Amerika**: **USA**: Minister Singh sprach sich am 2. 11. gegen eine „Durchsetzung“ des Indischen Ozeans mit Flottenverbänden der Großmächte aus und appellierte an die Anrainerstaaten, gemeinsame Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Rivalitäten zu ergreifen, wobei er sich besonders über die Präsenz der 7. US-Flotte besorgt äußerte (ISI 3. 11., R. Delhi 2. 11. FE 4442, NZZ 5. 11.). Die Präsenz der 7. US-Flotte wurde auch weiterhin kritisiert (FE 4449, 51), andererseits erklärte Singh am 6. 12., daß die Beziehungen zu den USA eine Phase erreicht hätten, in der eine konstruktive Kooperation möglich sei (R. Delhi 6. 12. FE 4471); diese Ansicht wurde sicherlich von der Bereitschaft der USA beeinflusst, zwei Drittel der Rupien-Reserven in Indien (16,64 Mia. Ru-

pien) für Entwicklungsvorhaben zur Verfügung zu stellen (IHT 14., NZZ 16. 12.). **K a n a d a** : Abkommen über eine Anleihe am 14. 10. in Höhe von 6 Mio. \$ zur Finanzierung von Ausrüstung für die Ölentwicklung; rückzahlbar in 50 Jahren, Aufschub 10 Jahre, zinslos (R. Delhi 4. 10. W 746). Abkommen vom 27. 11. über eine Anleihe von 70 Mio. Rupien für den Import von Pottasche (R. Delhi 27. 11., W. 753). **Europa**: Bundesrepublik Deutschland : Bundesminister Eppler besuchte vom 11.–19. 11. Indien und traf dabei u. a. mit Präsident Giri und Frau Gandhi zusammen. Im Mittelpunkt stand die Entwicklungshilfe für Indien, das größte Empfängerland deutscher Hilfe überhaupt; Indien ist in der schwierigen Situation, an die BRD fast ebensoviel zurückzahlen zu müssen wie es an neuer Kapitalhilfe, etwa 300 Mio. DM, erhält. Die Kreditbedingungen wurden in den letzten Jahren wesentlich erleichtert, die Hilfe der BRD enthält eine „Geschenkkomponente“ von etwa 70%. Eppler erklärte sich weitgehend mit den indischen Vorstellungen einverstanden, betonte jedoch, daß deutsche Beiträge nicht für die Abtragung von Schulden anderer Gläubigerländer verwendet werden dürften, und stellte weitere Hilfe in Aussicht (AIR 12. 11. FAZ 14. 11.). Der Schwerpunkt der Finanzhilfe soll auf der Landwirtschaft zur Verbesserung der Lebensbedingungen liegen (ISI 14. 11., Communiqué ISI 19. 11.). Die indische Presse äußerte sich lobend über die deutsche Entwicklungshilfe (AIR 22. 11.). **D ä n e m a r k** : Projekthilfe für den 5. Jahresplan in Höhe von 340 Mio. Rupien, hauptsächlich auf dem Gebiet der Landwirtschaft, Familienplanung und Kleinindustrie, außerdem Gewährung eines Kredits von 50 Mio. Kronen für 1974/75). (R. Delhi 15. 11. W 754). **F r a n k r e i c h** : Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Atomenergisektor (R. Delhi 10. 10. W 747). Besuch von Finanzminister Giscard d'Estaing vom 16.–19. 11., Angebot eines Kredits von 300 Mio. Francs zum Bau einer Kunstdüngerfabrik, verfügbar innerhalb von 15 Jahren sowie das Angebot bei der Ölexploration und dem Fernmeldewesen Hilfe zu leisten (R. Delhi 19. 11. W 753). **S k a n d i n a v i e n** : Luftfahrtabkommen mit der Scandinavian Airlines System (R. Delhi 11. 10. W 748). **S c h w e i z** : Abkommen über zwei Anleihen in Höhe von 225 Mio. Rupien am 9. 10. zur Finanzierung Schweizer Waren (R. Delhi 9. 10. W 747). Besuch einer Parlamentarierdelegation Mitte November (NZZ 17., 21. 11.). **E G** : Abkommen am 6. 11., nach dem die Einfuhrzölle für Rohjute, Jute und Kokosfasererzeugnisse erheblich gesenkt werden (ISI 7. 11.). Unterzeichnung eines Handelsvertrages am 17. 12., dem ersten der EG mit einem asiatischen Commonwealth-Staat; nach Großbritannien und Dänemark können indische Ausfuhren in den nächsten drei Jahren zollfrei eingeführt werden, Indien verpflichtet sich, seine Verkäufe auf den Gemeinsamen Markt selbst zu beschränken (ISI 15. 12., NZZ 19. 12.). **Sozialistische Staaten**: **U d S S R** : Frau Gandhi wies die Kritik der Opposition, Indien habe sich der Sowjetunion ausgeliefert, mit Nachdruck zurück und betonte, daß die Beziehungen zur UdSSR die Freundschaft zu anderen Staaten nicht hindere (ISI 3. 10.). Das erwähnte Abkommen für die Lieferung von 2 Mio. t Getreide (IASF 1, 74 S. 110) wurde am 12. 10. unterzeichnet, rückzahlbar in 7 Jahren, zinslos (R. Delhi 12. 10. W 747). Vereinbarung über die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen zur Ölexploration (R. Delhi 21. 10. W 748); am 23. 10. Zwei-Jahres-Protokoll für den Austausch von Fernseh- und Radioprogrammen (R. Delhi 23. 10. W 748). Am 6. 11. Unterzeichnung eines Abkommens über Unterstützung beim U-Bahnbau in Delhi am 6. 10. (Länge 16,5 km, Gesamtkosten 190 Mio. US-\$, Fertigstellung 1979) (R. Moskau 7. 11. W 750). Am 13. 11. Vertrag über Lieferung von 50 000 t Stahlprodukten 1974 im Wert von 100 Mio. Rupien (R. Delhi 13. 11. W 751). Vom 26.–30. 11. Besuch vom Generalsekretär der KPdSU, L. Breschnew, begleitet u. a. von Außenminister Gromyko. Der Besuch stellt einen Höhepunkt der bilateralen Beziehungen dar, wobei auf seiten Moskaus neben der Intensivierung der Beziehungen zu Indien die Chinapolitik und das kollektive Sicherheitssystem für Asien eine große Rolle spielten. Der Besuch wurde sorgfältig geplant, mit großem Aufwand durchgeführt und sah neben intensiven Gesprächen zwischen Breschnew und Frau Gandhi auch einen Besuch im Landesinnern vor (R. Delhi 26. 11. FE 4461, 62, FAZ 26. 11., NZZ 27. 11.). Unterschiedliche Auffassungen wurden im Hinblick auf die künftigen Beziehungen deutlich, als Frau Gandhi erklärte, daß die Erfahrung anderer Staaten für Indien „nur von begrenztem Vorteil“ seien, während Breschnew von einer Zusammenarbeit „auf viele Jahre hinaus“ sprach (FAZ, NZZ 28. 11., FE 4463, 64). Die wirtschaftlichen Probleme standen im Mittelpunkt; derzeit werden 70 Industrieobjekte mit finanziell-technischer Unterstützung der UdSSR errichtet, 51 davon sind fertig bzw. im Endstadium; zu den wichtigsten gehören die Stahl- und Eisenwerke in Bhilai und Bokaro, für Schermaschinenbau in Randschi, für Bergwerksausrüstungen in Dorgapore sowie Kraftwerke und

Raffinerien (NZZ 28. 11.). Indiens Handelsbilanz verbesserte sich von einem Defizit von 140 Mio. Rupien 1953 auf plus 1,9 Mia. 1972 (R. Delhi 23. 11. FE 4460). Am 29. 11. wurde ein Wirtschaftsabkommen mit 15 Jahren Laufzeit abgeschlossen, das eine Kooperation zwischen der Planungskommission Indiens und der staatlichen Planungskomitees der UdSSR vorsieht; danach soll eine gemeinsame Studiengruppe eingerichtet werden, die die gegenseitigen Erfahrungen auf zahlreichen Gebieten austauschen und deren Ergebnisse der künftigen Kooperation zugute kommen sollen (ISI 1. 12. W 754). Im gemeinsamen Kommuniqué zeigen sich beide Seiten über die Ergebnisse befriedigt, ohne daß Indien die offensichtlich erwartete Unterstützung für das asiatische Sicherheitssystem zum Ausdruck gebracht hätte (FE 4465, ND 30. 11., FAZ, IAT 1. 12., NZZ 3. 12., Kommuniqué FE 4466). Die wirtschaftliche Kooperation erscheint auf eine künftige Abhängigkeit Indiens von der UdSSR hinzuweisen; die Planungskommission soll gemeinsame Unternehmungen in Drittländern schaffen, Projekte und Programme aufeinander abstimmen und langfristige Lieferbindungen realisieren. Die UdSSR wird nicht nur auf dem Bereich der Schwerindustrie, sondern auch verstärkte Hilfe beim Ausbau der petrochemischen Industrie leisten, ähnliches soll für Kupferbergbau und friedliche Atomenergie gelten. Der Handelsaustausch soll bis 1980 um das Eineinhalbfache bis Zweifache erhöht werden, doch sind keine konkreten Angaben über Kreditzusagen gemacht worden — darüber soll noch verhandelt werden. Erneut trat Frau Gandhi der Kritik aus der Opposition wegen eines „Ausverkaufs des Landes“ entgegen und betonte die Aufrichtigkeit der Freundschaft Moskaus (R. Delhi 1. 12. FE 4467), während Breschnew seine Reiseergebnisse von der obersten Führung in Moskau bestätigen ließ (FAZ 5. 12.). **Bulgarien**: Handelsprotokoll für 1974 am 15. 11., vorgesehener Handelsaustausch 740 Mio. Rupien (R. Delhi 15. 11. W 751); Einsetzung einer Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (R. Delhi 3. 12. W 754). **Ungarn**: Handel Anfang 1972 insgesamt 266 Mio. Rupien (R. Delhi 10. 12.) für 1974 ist ein Anstieg von 30% vorgesehen (R. Delhi 14. 12. W 755); Einsetzung einer gemeinsamen Kommission für technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit (R. Delhi 21. 12. FE 4484). **Jugoslawien**: Einsetzung eines permanenten Komitees für mögliche gemeinsame Unternehmen in Drittländern (R. Delhi 29. 11. W 754); Vereinbarung über Zusammenarbeit auf dem Gebiet von hydraulischen Baggern (Tanjug 5. 12.); Handelsumfang 1973 65 Mio. \$, geplant 1974 100 Mio. (R. Delhi 29. 11. W 754). **Polen**: Minister für Schwerindustrie T. A. Pai zur Tagung der gemeinsamen Kommission über Zusammenarbeit (W 750, 51); Handelsprotokoll für 1974, das eine Verdoppelung auf 200 Rupien vorsieht (R. Delhi 7. 12. W 754). **CSSR**: Besuch des Generalsekretärs der KPCCSSR, G. Husak, vom 3.—5. 12., Gespräch u. a. mit Frau Gandhi über die Ausweitung des Handels und internationale Fragen; Unterzeichnung von Wirtschaftsabkommen und Handelsprotokoll über die Verdoppelung des Handels 1974 und die Gewährung eines Kredites bis zu 800 Mio. Rupien (R. Delhi 5. 12. FE 4470). Der Besuch stand unter dem Zeichen des Breschnew-Besuches, die politischen Erklärungen waren nahezu gleichlautend (NZZ, IAT 7. 12.). Abkommen zwischen den beiderseitigen Nachrichtenagenturen (UNI—CPK) am 2. 12. (CPK 3. 12. FE 4467). **Rumänien**: Präsident Giri besuchte vom 2.—5. 10. Bukarest zu Gesprächen u. a. mit Präsident Ceaucescu (R. Delhi 2., 3. 10. FE 4415); nach dem Schlußkommuniqué wurde eine gemeinsame Kommission über die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit vereinbart (W 746); anschließend reiste Giri zu einem fünftägigen Besuch in die CSSR weiter (W 747, FE 4422); Handelsprotokoll für 1974 am 23. 10. (W 750).

4. Nepal

Inneres und Wirtschaft König Birendra hat bisher die Regierungspolitik seines Vaters kontinuierlich fortgesetzt, ohne daß es zu erwarteten Liberalisierungsmaßnahmen kam; sein „Ideal einer egalitären Gesellschaft“ will er nur langsam verwirklichen, weiterhin werden also die Kabinette vom König ein- und abgesetzt, politische Parteien bleiben verboten (NZZ 21. 10.). Premier Rimal erklärte zur Wirtschaftspolitik, daß die Priorität des nächsten Fünf-Jahresplanes auf der Landwirtschaft läge, die 35% einnehme, 31% sind für die Entwicklung des Transportwesens vorgesehen. Gleichzeitig betonte er die Notwendigkeit der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und des parallelen Fortschrittes im industriellen Sektor (R. Kathmandu 30. 11. W 753).

Äußeres: V R C h i n a : Vertrag über Importe aus China im Werte von 37 Mio. Rupien, vor allem Baumwolle, Wolle und Seidengarn sowie Industriematerialien (R. Kathmandu 11. 11. W 753). Vom 7.—14. 12. Besuch von König Birendra, u. a. begleitet von Außenminister Karki; Gespräche u. a. mit Mao Tse-tung, Chou En-lai. Der Besuch entsprach dem seit mehreren Jahren bestehenden guten Einvernehmen beider Staaten, wobei Nepal bemüht ist, gegenüber China wie Indien ein möglichst großes Maß an Eigenständigkeit zu bewahren. Beide Seiten betonten ihre Absicht, die freundschaftlichen Beziehungen auszuweiten und fortzusetzen, während König Birendra die „immensen Fortschritte“ Chinas seit seinem letzten Besuch 1966 hervorhob (FE 4472, 73, Kommunikaté 4477). I n d i e n : Abkommen über Informationsaustausch zwischen den Nachrichtenagenturen beider Staaten am 10. 10. (R. Delhi W 746). Besuch des Königspaares vom 12.—18. 10. in Indien, Gespräche u. a. mit Präsident Giri und Frau Gandhi über die bilateralen Beziehungen und internationale Fragen (FE 4425, NZZ 16. 10.). Hilfszusagen Indiens für die Konstruktion einer Brücke über den Kmla im östlichen Sektor der Ost-West-Hochstraße (R. Delhi 12. 12. W 755).

5. Pakistan

Inneres Fortgesetzte Unruhen in einzelnen Provinzen bestimmen weiterhin die Innenpolitik; am 28. 9. wurde auf den Führer der Nationalen Awami-Liga Wali Khah ein Attentat versucht (R. Karachi 29. 9. FE 4414, 17). Die oberste Militärbehörde des Landes wurde umorganisiert, neuer Vorsitzender ist Präsident Bhutto, die 14 Mitglieder bestehen aus den Zentralministern, den Stabschefs der Teilstreitkräfte; ebenso wurden die untergeordneten Provinzmilitärbehörden umgebildet, die sich unter Führung des jeweiligen Chefministers aus offiziellen (Minister, Staatssekretäre, Offiziere) und inoffiziellen Mitgliedern (pensionierte Offiziere, Vertreter von Industrie und Gewerkschaft) zusammensetzen (Dawn 21. 10.). Am 2. 11. wurde von Bhutto ein Gesetz vorgelegt, das private militärische Organisationen verbietet; es wurde am 10. 12. verabschiedet (R. Karachi 2. 11., 11. 12. FE 4442, 75). Ein weiteres Gesetz sieht ein Verbot aller „antinationaler Vereinigungen“ vor, die die Souveränität, territoriale Integrität und den inneren Frieden des Landes beeinträchtigen; nach einem Erlaß sollen entsprechende Aktivitäten verhindert werden bzw. mit Gefängnis bis zu 7 Jahren geahndet werden (R. Karachi 22. 11. FE 4459). In Karachi und anderen Städten kam es zu Demonstrationen gegen erhöhte Bus- und Taxi-Fahrpreise, gegen die rigorose Maßnahmen ergriffen wurden (AIR 2. 12., R. Karachi 4. 12. FE 4469). Auf einer Massenversammlung in Rawalpindi erklärte Bhutto am 20. 12., daß die Hilfsmaßnahmen der Regierung für die notleidende Landbevölkerung, die im Punjab beginnen sollen, eine begrenzte Landverteilung vorsieht; über die Preissteigerungen zeigte er sich unbefriedigt, während er die außenpolitische Situation positiv darstellte (R. Karachi 20. 12. FE 4483). Zur Entwicklung des Kommunikationssystems (Eisenbahnen, Straßen, Nachrichtenwesen) soll ein Fünf-Jahres-Programm ausgearbeitet werden, das besonders die Bedürfnisse des Wirtschaftswachstums berücksichtigt (R. Pakistan 22. 11.). Die Situation in den Provinzen: Der Chefminister von Sind, Mumtaz Ali Bhutto, gab am 18. 12. seinen Rücktritt bekannt, vorläufiger Nachfolger wurde K. A. Shah (R. Karachi 19. 12. FE 4481). NWFP: Armeechef Tikka Khan inspizierte Ende Oktober die Grenztruppen, wobei er u. a. erklärte, daß Pakistan nicht beabsichtige, sich in die Angelegenheiten anderer Nationen einzumischen, aber auch keine Einmischung anderer hinnehmen werde; er kündigte weitere Verbesserungen, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, an (Dawn 28. 10.). Vom 11.—13. 11. hielt sich Bhutto in der Provinz auf, wo er ebenfalls die Bemühungen der Regierung um eine Verbesserung der Situation betonte, gleichzeitig zur Solidarität aufrief (R. Karachi 14. 11. FE 4445). Belutschistan: Rücktritt des Gouverneurs am 11. 11. als Protest gegen die neue Verfassung, die die Exekutive auch in den Provinzen in die Hände des Premier legt (R. Karachi 11. 11. FE 4449); Bugti bleibt bis zu Neuwahlen im Amt, will dann als Führer einer zu gründenden „sozialistischen Partei“ versuchen, seine Basis auszuweiten. Bugti war Anfang des Jahres von Bhutto selbst an Stelle dessen „Intimfeindes“ Wali Khan eingesetzt worden (NZZ 30. 11., SZ 10. 12.). Punjab: Am 12. 11. wurde S. Hussain Quoreshe als neuer Gouverneur vereidigt, neuer Chefminister wurde Ghulam Mostafa Khar (R. Karachi 12. 11. FE 4450). Kaschmir: Anfang November kam es in Srinagar zu Unruhen wegen des Entscheids der Landesregierung, ein Mädchengymnasium nach Nehru zu benennen; Bhutto, der zur gleichen Zeit das von Pakistan kontrollierte Gebiet der Provinz bereiste, rief die Kaschmiri „überall in der Welt“ auf, an irgend-

einem Freitag (dem Muslimischen Feiertag) als „symbolisches Plebiszit“ zur Unterstreichung der Autonomieforderungen gegenüber Indien in den Generalstreik zu treten (R. Karachi 8. 11. FE 4447); der Aufruf fand ein positives Echo unter den Indischen Kaschmiri. Der Chefminister Kaschmirs, F. N. Quasim, warnte vor einer Befolgung des Aufrufes, da alle „anti-sozialen“ Elemente mit harten Strafen zu rechnen hätten (R. Delhi 14. 11. FE 4442). Der Präsident des pakistanischen Teils S. K. Q. Khan unterstützte Bhuttos Aufruf, während Scheik Abdullah, auf Aussöhnung mit Indien bedacht, Bhutto zurechtwies (R. Karachi 18. 11. FE 4455. AIR 30. 11., NZZ 30. 11.).

Wirtschaft Das Hauptaugenmerk liegt auf der Sicherung der Verbrauchsgüter bei stabilen Preisen, wobei dem privaten Sektor eine effektive Rolle zugestanden wird. Als Ziele für 1974 werden eine Steigerung der Weizenproduktion auf 8,5 Mio. t, von Reis auf 2,5 Mio. t, von Zucker auf 700 000 t genannt, wobei 15 Mia. Rupien in die Industrieentwicklung investiert werden sollen (R. Karachi 15. 10. W 748). Das Bruttosozialprodukt stieg 1972/73 auf 6,5% an, doch verursachten die Flutkatastrophen eine Einbuße von etwa 2,5 Mia. Rupien, weshalb die Wachstumsrate 1973/74 von 8 auf 6,5% herabzusetzen sei (R. Karachi 22. 10. W 748). Die teilweise Verstaatlichung der Industrie wurde von Bhutto als Notwendigkeit hingestellt, die auf die Politik der Privatwirtschaft zurückzuführen sei (R. Karachi 1. 11. W 754). Die Zementproduktion soll in den nächsten drei Jahren (derzeit 3,4 Mio. t) verdoppelt werden, wozu 1,75 Mia. Rupien investiert werden; drei neue Werke sollen in Gadani und Spintangi (Belutschistan) und in Kohat (NWFP) entstehen (Dawn 19. 9.). Die Kunststoffproduktion soll ebenfalls um 1,2 Mio. t jährlich gesteigert werden (Dawn 25. 9.). Die Umleitung des Indus am Tarbela wurde am 30. 9. abgeschlossen (Dawn 30. 9.). 200 Mio. Rupien wurden zur Vermeidung der flutgefährdeten Gebiete des Punjab bereitgestellt, weitere 5,5 Mio. für die Flutopfer, außerdem wurden 87 Traktoren importiert (R. Karachi 24. 9. W 744). Wegen der Flutkatastrophe wurde beschlossen, eine neue Fernstraße entlang des westlichen Indus-Ufers zu bauen, die Karachi mit Peshawar verbinden soll, durch Sind, Punjab und die NWFP verläuft bei einer Gesamtlänge von 788 Meilen (Dawn 26. 10.). Die Salzproduktion 1973 wird auf über 7,324 Mio. t, 8% mehr als 1972, geschätzt (R. Karachi 20. 11. W 754). Zur Energiesituation erklärte der zuständige Minister Khan Sherpo, daß das Land 3,6 Mia. t benötige, wovon 400 000 t (12%) Eigenproduktion sind; 2,3 Mio. t Rohöl werden importiert und verarbeitet, lediglich 900 000 raffinierte Produkte müssen importiert werden (R. Karachi 14. 12. W 4478); mit sofortiger Wirkung wurden am 16. 12. die Preise für Bunkeröl festgesetzt (R. Karachi 16. 12. FE 4479).

Außenpolitik/Allgemein Am 8. 11. wurde in Bangkok offiziell bekanntgegeben, daß Pakistan beschlossen habe, seine Mitgliedschaft bei der SEATO zu beenden (MD 9. 11.). Präsident Bhutto schlug am 10. 11. die Abhaltung einer Konferenz aller islamischen Staaten zur Erörterung der Friedensbemühungen im Nahen Osten vor, wozu er aus Saudi-Arabien und Ägypten positive Antworten erhielt (FAZ 12. 11.). **Asien:** Afghanistan: Die Beziehungen sind seit dem Regierungswechsel in Kabul gespannt; im wesentlichen geht es um die Paschtunistanfrage, d. h. die Autonomie der auf pakistanischem Gebiet lebenden Pathanen. Mehrfach betonte Bhutto den Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen zum Nachbarstaat (R. Karachi 12. 11. FE 4450), gleichzeitig warnte er Afghanistan vor einer Einmischung in pakistanische Angelegenheiten (R. Karachi 13., 14., 15. 11. FE 4451, 52, 53). Gleichzeitig wurden die Grenzen zu Afghanistan durch Verstärkung der Truppen zusätzlich gesichert (IAT 19. 11.). **Bangladesh:** Die Anerkennung Daccas steht weiter im Vordergrund, wobei Bhutto die Realität des Staates anerkannte, den Zeitpunkt der Anerkennung aber offenließ und betonte, daß Druck von außen seine Haltung nicht ändern werde (R. Karachi 2. 10. FE 4415). Mehrmals nahm Bhutto zu diesem Problem Stellung, wobei er die Frage der 195 Gefangenen, die vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen, in den Mittelpunkt stellte (R. Karachi 16. 11. FE 4454). **Sri Lanka:** Anstieg des Handels von 1971 auf 72 um 200% (von 120 auf 360 Mio. Rupien) (NCNA 30. 9.). **Japan:** Konsultativgespräche am 26./27. 11. in Islamabad, bei denen sich Japan interessiert an der Unterstützung der Wirtschaft zeigte und die Normalisierung der Beziehungen in Südost-Asien begrüßte (R. Karachi 28. 11. FE 4463). **VR China:** Unterstützung durch das Rote Kreuz für die Flutopfer Pakistans (NCNA 3. 11.); Angebot Chinas, Aufträge für die Schifffahrt entgegenzunehmen und auch Reparaturarbeiten durchzuführen (R. Karachi 14. 11. W 751); zur Finanzierung eines Stahlprojektes mit

einem 500-Mio.-Kredit, dessen Produktionskapazität 150 000 bis 200 000 t betragen sollen, Baubeginn in 2 Jahren (R. Karachi 30. 12. W 755). **Afrika/Naher Osten:** Iran: Die gemeinsamen zweitägigen Ministergespräche begannen am 15. 11. in Islamabad (R. Karachi 15. 11. W 731); der Iran wird sich am Bau einer Textilmühle, eines Zementwerkes und eines landwirtschaftlichen Industriekomplexes beteiligen; außerdem soll ein langfristiges Handelsabkommen und eines über die technische Zusammenarbeit vereinbart werden (R. Karachi 17. 11. W 751). **Golfstaaten:** Gemeinsam mit Abu Dhabi soll die Kunstdüngerfabrik in Moltang vergrößert werden und danach 800 000 t jährlich produzieren (R. Karachi 6. 11. W 750); Protokoll über den Bau einer Ölraffinerie und einer 500-Meilen-Pipeline in Moltang am 23. 11. (R. Karachi 25. 11. FE 4461). Präsident Bhutto besuchte vom 10.–15. 12. die Golfstaaten und hielt sich u. a. in Abu Dhabi, Bahain, Qatar und Dubai auf (R. Karachi 14.–15. 12. FE 4477, 79). **Sonstige:** Entsendung beweglicher Ärztgruppen nach Ägypten und Syrien (18. 10. Dawn). Einverständnis der Regierung zur Errichtung einer Vertretung der PLO in Pakistan (R. Karachi 13. 12. FE 4477). Energieminister N. Khan Shertao besuchte Anfang Dezember Abu Dhabi, Kuwait und den Irak, um die Ölversorgung des Landes sicherzustellen (R. Karachi 8. 11. FE 4474). **Amerika:** USA: 18. Mio. US-\$ werden als Soforthilfe zur Verfügung gestellt, um die Steigerung der Weizenproduktion zu ermöglichen (Dawn 28. 9.). Auf seinem Wege in die VR China besuchte Außenminister Kissinger am 9. 11. Pakistan, wo er u. a. mit Bhutto zusammentraf; Gesprächsthemen waren bilaterale Beziehungen, internationale Fragen, vor allem der Nahostkonflikt (R. Karachi 10. 11. FE 4448). Kanada: Vertrag über die Lieferung von 8 Mio. Scheffel Weizen von etwa 50 Mio. US-\$, Lieferung vom November 1973 bis Januar 1974 (JAT 28. 10.). **Europa:** Frankreich: Staatssekretär Lipkowski vom 7.–9. 12. in Pakistan; Frankreich ist grundsätzlich zu Waffenlieferungen an Pakistan bereit, Expertengespräche darüber sind vorgesehen (NCNA 10. 12., NZZ 12. 12.). Schweden: Die Regierung beschloß die Entwicklungshilfeanleihen sowie die fälligen Zinsen für 73/74 nicht zurückzufordern (R. Karachi 21. 9. W 744). **Sozialistische Staaten:** Rumänien: Abkommen über die friedliche Nutzung von Atomenergie am 21. 9. (Agerpres 22. 9. W 746). Abschluß von Verträgen über 36 Mio. Rupien Mitte Oktober über die Lieferung von Baumaschinen, Chemikalien, Werkzeugmaschinen und Fernsehgeräten (Dawn 25. 10.). Polen: Abkommen über die Einfuhr 1000 polnischer Traktoren am 24. 10. (R. Karachi 25. 10. W 748). UdSSR: Protokoll über die Vorbereitung des Baus einer Stahlfabrik mit einer Kapazität von 1,1 Mio. t in Tipre bei Karachi; die UdSSR stellt 700 Spezialisten ab 1974 zur Verfügung (R. Karachi 3. 10. W 746).

6. Sri Lanka

Inneres und Wirtschaft Die innenpolitische Situation wird weitgehend von der Ernährungs-krise bestimmt, die alle Bereiche überlastet. Frau Bandaranaike rief am 28. 9. zur Unterstützung für das Programm der Regierung, die lokale Produktion von Nahrungsmitteln zu steigern, auf; statt dessen sollen 1974 keine neuen Bauvorhaben durchgeführt werden; alle Lohnempfänger, die weniger als 400 Rupien monatlich verdienen, sollen eine zusätzliche Vergütung erhalten (R. Colombo 29. 9. FE 4414). Anfang Oktober wurden wegen der Ernährungs-krise die Universitäten geschlossen (R. Dacca 3. 10. FE 4415). Am 3. 10. wurde das Landwirtschaftsgesetz einstimmig angenommen, das die Schaffung von Produktionskomitees zur Neugewinnung von Anbau land vorsieht, wodurch die Selbstversorgung mit Reis ermöglicht werden soll (R. Colombo 4. 10. FE 4419). Der garantierte Preis für Reis wurde von 18 auf 25 Rupien heraufgesetzt, außerdem wurden die Rückzahlungen für Anleihen der Bauern ausgesetzt (R. Colombo 8. 10. FE 4420). Auf einer Rundreise durch das Land im Zuge des „Produktionskrieges“ machte Frau Bandaranaike wiederholt die Opposition für Sabotageaktivitäten verantwortlich und beschuldigte sie, die Entwicklung des Landes zu behindern (R. Colombo 12. 10. FE 4425). Mitte Oktober kam es zu Protestdemonstrationen gegen die Regierungspolitik (R. Delhi 21. 10. FE 4431). Schließlich wurde auch die Armee in den Produktionsprozeß eingespannt (R. Colombo 22. 10. FE 4432). Berichte von einem Putschversuch der Oppositionspartei bleiben zweifelhaft (NZZ 22. 10.). Der Haushalt für 1974 wurde am 30. 10. vorgelegt; danach sind Ausgaben von 5,888 Mia. Rupien und Einnahmen von 4,115 Mia. vorgesehen, Defizit also 1,7754 Mia. (R. Colombo 1. 11. W 750).

Äußeres/Asien V R C h i n a : Vom 8.—16. 10. erste Sitzung der gemeinsamen Schifffahrtsdelegation in Colombo (NCNA 16. 10.). Für die Bandaranaike-Gedächtnishalle wurden zusätzliche 1,25 Mio. \$ zur Wartung und Reparatur zur Verfügung gestellt (R. Colombo 20. 11. W 754). Handelsminister T. B. Illangaratne unterzeichnete am 20. 12. in Peking das Handelsprotokoll für 1974 (FE 4481, 83). Angeblich erklärte sich China bereit, 200 000 t Reis 1974 zu liefern, außerdem 40 000 t als Geschenk; Sri Lanka wird dafür 40 000—50 000 t Gummi liefern (R. Colombo 26. 12. FE 4486). I n d i e n : Unter dem Bandaranaike-Shastri-Abkommen von 1964 wurden nach offiziellen Angaben 100 000 gebürtige Inder nach Indien repatriiert (JAT 25. 10.).

Sonstige: B R D : Kredit in Höhe von 24 Mio. DM zur Finanzierung von Importen, Laufzeit 30 Jahre, Zins 2%, außerdem Protokolle über einen weiteren Kredit von 6 Mio. DM am 19. 10. (SCMP 20. 10.). K a n a d a : Abkommen über zwei zinsfreie Anleihen im Werte von mehr als 7 Mio. kan. \$ am 16. 10. (R. Colombo 17. 10. W 748). U d S S R : Lieferung von 27 500 Ballen Rohbaumwolle, die damit erstmals aus der UdSSR (früher von Ägypten) bezogen wird (R. Colombo 11. 11. W 754); Abkommen am 22. 11. über die Lieferung von 50 Traktoren für den Gebrauch staatlicher Gesellschaften (R. Colombo 23. 11. W 754). Ä g y p t e n : Besuch des stellv. Präsidenten Shafii vom 27.—30. 9.; Gespräche u. a. mit Frau Bandaranaike über wirtschaftliche und bilaterale Fragen, Bestätigung der proarabischen Haltung Sri Lankas (NCNA 1. 10. FE 4416).

II. Südostasien

1. Birma

Inneres Am 26. 9. ergaben sich 28 Rebellen der KNU (Karen National Union), unter ihnen Ya Tha, weitere 123 folgten am nächsten Tag (R. Rangun 28., 29. 9. FE 4414). Am 28. 9. wurde das 68. Treffen des Zentralen Exekutivkomitees des Zentralen Bauernrates in Rangun abgehalten, das u. a. beschloß, das erste Sondertreffen am 1. 11. zur Diskussion des Verfassungsentwurfs abzuhalten (R. Rangun 28. 9. FE 4414). Das Atomenergiekomitee wurde am 25. 9. reorganisiert, sein Vorsitzender ist der stellv. Erziehungsminister Dr. Nyi Nyi (R. Rangun 5. 10. FE 4419). Der zweite Kongreß der Burmesischen Sozialistischen Programmpartei (BSPP) wurde vom 8.—21. 10. abgehalten; 1496 der 1510 Delegierten nahmen daran teil (R. Rangun 8. 10. FE 4420). Auf dem Kongreß wurden politische, wirtschaftliche und organisatorische Fragen behandelt; der Kongreß nahm den Verfassungsentwurf an, verabschiedete die Direktiven für den 20-Jahres-Wirtschaftsplan und den zweiten Vier-Jahres-Plan und definierte die acht Zukunftsaufgaben für das Land (FE 4431, 32). Parteivorsitzender Ne Win befaßte sich in seiner Rede vor allem mit der Qualität der Partei bzw. dem Bestreben, diese Qualität zu verbessern (R. Rangun 21. 10. FE 4432). Am 29. 10. wurde das erste Lanzin-Jugendseminar veranstaltet, an dem 1239 Delegierte von 14 Provinzen und regionalen Parteikomitees teilnahmen; es stand unter dem Zeichen der Politik der BSPP, der der Durchsetzung eines „sozialistischen“ Birma (R. Rangun 29. 10. FE 4439). Das erste Sondertreffen des Exekutivkomitees des Zentralen Volksrates vom 1. 11. verabschiedete eine Resolution, in der die Bauern aufgefordert wurden, am Aufbau der sozialistischen Wirtschaft mitzuwirken und an dem Referendum über die Verfassung teilzunehmen (R. Rangun 1. 11. FE 4442). Vom 8.—18. 11. reiste Präsident Ne Win durch die Staaten Oberburmas zur Diskussion des Verfassungsentwurfes (R. Rangun 18. 11. FE 4456) und hielt sich vom 26.—30. 11. in Kawthulay und Tenasserem aus dem gleichen Zwecke auf (R. Rangun 30. 11. FE 4468). Am 6. 12. Veröffentlichung der Bekanntmachung Nr. 277 über die Entschädigung für verstaatlichte Unternehmen, wonach für Gebäude, die von der Regierung benutzt werden, eine Entschädigung bezahlt, die ungenutzt an den Besitzer zurückgehen; Entschädigungen werden außerdem für verstaatlichte Maschinen, Einrichtungen, Büroausstattungen, Fahrzeuge und andere Besitztümer bezahlt, ebenso für Bar- und Bankguthaben. Die Gründung eines sechsköpfigen Wiedergutmachungsausschusses wurde angekündigt, gegen dessen Beschlüsse keine Berufung eingelegt werden kann (R. Rangun 6. 12. FE 4471). Weitere Rebellen ergaben sich nach Regierungsangaben im November und Dezember (FE 4449, 74, 79). Todesurteile wurden am 26. 8. gegen „Revisionisten“ der Burmesischen KP verhängt (R. Rangun 14. 12. FE 4479); gerichtliche Verfahren gegen chinesische Untergrundführer (Nationalchina) wurden am 14. Dezember eröffnet (R. Rangun 14. 12. FE 4479).

Wirtschaft Die wirtschaftlichen Ziele für 1973/74 werden höher als die für das Vorjahr angesetzt: Die Wirtschaftsproduktion wird um 7,6% ansteigen, das Einkommen um 5,1%, der Pro-Kopf-Verbrauch um 1,1%. Am 27. 9. wurde ein Budgetgesetz für die Zeit vom 1. 10. 73 bis 31. 3. 74 eingebracht, das ein Defizit von mehr als 370 Mio. Kyat ansetzt; die Einkommen sind auf 4,9 Mia. Kyat angesetzt, die Ausgaben auf 5,71 Mia., 440 Mio. Kyat Defizit werden durch Anleihen ausgeglichen. Das Ansteigen des Defizits ist auf den Anstieg der Importpreise zurückzuführen, während die Exportpreise lediglich um 7,6% stiegen; das Wirtschaftswachstum beträgt 2,2%, während die Bevölkerung um 2,3% jährlich ansteigt (R. Rangun 27., 29. 9. W 745). Die Bevölkerung des Landes beträgt nach offiziellen Angaben am 31. 3. 73 28,885 867 Mio., einschließlich der im Ausland lebenden Bürger (R. Rangun 10. 10. W 746). Die Produktion von Erdöl betrug 1972/73 7,8 Mia. US-Barrels, die von Erdgas 3,8 Mio. cm (Anstieg um 5,3%) (R. Rangun 28., 30. 9. W 746).

Außeres **Indonesien:** Handelsminister Maung Lwin führte am 26. 11. auf dem Wege nach Neuseeland Gespräche mit Präsident Suharto (R. Djakarta 26. 11. FE 4462). **U d S S R:** Kreditanleihe von 750 000 Rubel zum Einkauf sowjetischer Maschinen und Ausrüstungsgegenständen am 29. 9. (R. Rangun 30. 9. W 746). **T h a i l a n d:** Die militärische Zusammenarbeit gegen die Kommunisten wurde von der Untergrund KP Burmas heftig attackiert (Voice of the People of Burma 4. 10. FE 4420).

2. Indonesien

Inneres Zum 28. Jahrestag der Armee am 5. 10. betonte Präsident Suharto unter Hinweis auf die vielen „Auf und Ab“ der Entwicklung die Loyalität der Armee und ihre Aufgabe als Integrationsfaktor, insbesondere seit 1966; das Jahr 1973 hob er als „wichtiges Jahr für uns alle“ hervor, in der die Armee die Plaziele auf dem Sektor der Nationalverteidigung und der Sicherheit erreichen müsse (R. Djakarta 5. 10. FE 4419). Die jugendlichen Demonstranten, die am 27. 9. vor dem Parlament protestiert hatten und verhaftet wurden, wurden zwar am 25. 10. wieder freigelassen, doch sollen sie vor Gericht gestellt werden, da das Demonstrationsverbot nach wie vor in Kraft sei (Antara 24. 10. FE 4434, R. Djakarta 25. 10. FE 4435). In diesem Zusammenhang erklärte das „Kommando zur Wiederherstellung der Sicherheit“ (Kopkantib), daß Demonstrationen anstehende Probleme auch nicht lösen könnten; ab sofort sei das Zertifikat über die Nicht-Teilnahme am Putsch von 1965 bei der Stellensuche nicht mehr notwendig; bei einer Verlegung des Wohnsitzes von der Stadt auf das Land wird es noch benötigt (R. Djakarta 26. 10. FE 4437). Verteidigungsminister Panggabean leistete einen Beitrag zur Kulturpolitik, als er am Tag der Jugend dazu aufforderte, keine unnötigen Fremdworte zu verwenden und statt dessen die indonesische Sprache zu entwickeln (R. Djakarta 1. 11. FE 4443). Vom 5.—8. 11. wurde eine Konferenz der Führung der Streitkräfte in Djakarta abgehalten, die verteidigungspolitische, sozialpolitische und zivile Angelegenheiten behandelte; Gen. Sumitro gab als Ziel der Kopkantib 6 Punkte an: die totale Zerstörung der KPI und die Lösung der Gefangenfrage; den Schutz lebenswichtiger Projekte; das einwandfreie Funktionieren der Massenmedien; die Sicherung des ordnungsgemäßen Ablaufs des Fünfjahresplans (R. Djakarta 9. 11. FE 4448). Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß die Streitkräfte im Zeitraum von 1974—1978 nicht reduziert werden sollen (ebda). Am 12. 11. wurde die 2. Parlamentssitzung 1973/74 eröffnet (R. Djakarta 12. 11. FE 4450). Am 22. 12. wurde von dem Parlament das neue Ehegesetz (vgl. IASF 1/74 S. 145) einstimmig von den 369 Parlamentariern angenommen (R. Djakarta 22. 12. FE 4484). Zehn Provinzen (Acech, Nord-, West- und Südsumatra, Lampong, Westnusatenggara, West- und Südkalimantan sowie Nord- und Südsulawesi) seinen 2. Fünfjahresplan, ein Familienplanungsprogramm durchführen (R. Djakarta 8. 11. W 752). Auf dem Erziehungssektor sollen das Niveau der Grundschule wesentlich gesteigert, 6000 Grundschulen neu erstellt werden, so daß jeder Unterdistrikt eine Schule hat, wofür 18 000 Lehrer ausgebildet werden sollen; das Projekt soll im März 1974 fertig sein, außerdem sollen 29 000 Teilzeitlehrer ganztägig eingestellt und 16 000 andere angeworben werden (R. Djakarta 19. 11. FE 4456). Präsident Suharto erklärte zum Erziehungswesen am 21. 11., daß das Hauptziel der Erziehung die Entwicklung von Menschen, die die Nation aufbauen, sei; in der gegenwärtigen Entwicklung sollen nicht nur das Wirtschaftswachstum vergrößert, sondern auch das Fundament für soziale Gerechtigkeit und allgemeine Wohlfahrt gelegt werden (R. Djakarta 21. 11. FE 4458). Am 27. 11. tagte das Kabinett zu einer Sitzung

über die sicherheitspolitische Lage, wobei die Situation als befriedigend dargestellt wurde, andererseits die permanente Bedrohung durch Anhänger der PKI herausgestellt wurde, obwohl dessen „physische Stärke zerstört“ worden sei (R. Djakarta 27., 29. 11. FE 4465). Kommunistische Aktivitäten wurden vor allem aus Westkalimantan gemeldet, wo eine neue KPI gegründet worden sein soll (R. Djakarta 2. 12. FE 4468, 25. 12. FE 4486). Ein Koordinationsbüro für die maritime Sicherheit wurde am 18. 12. geschaffen (R. Djakarta 18. 12. FE 4480). Ein Gesetzentwurf, der alle Arten des Gammelns verbietet, wird vorbereitet (R. Djakarta 1. 12.), außerdem sollen lange Haare sowie ungepflegtes Auftreten geahndet werden; am 1. 12. wurden die Studentenverbände aufgerufen, ihre Aktivitäten einzustellen, um zu verhindern, daß „extreme Elemente“ die Verbände für ihre Zwecke ausnutzten (R. Djakarta 1. 12. FE 4468). Interimistischer Nachfolger des verstorbenen Erziehungsminister wurde Gesundheitsminister Sunowar Tsokowaci (R. Djakarta 22. 12. FE 4486). Folgende militärische Umbesetzungen sind erfolgt: Marinekommandeur Kosnaedi Bagdja wurde Chef des Nachrichtenzentrums (R. Djakarta 11. 11. FE 4426), Vizefliegermarschall Suwando wurde Kommandeur des nationalen Luftverteidigungskommandos (R. Djakarta 26. 11. FE 4462).

Wirtschaft Indonesien kann nur 20% seines Kunstdüngerbedarfes von 600 000 t selbst herstellen (Antara 26. 9. W 744). Am 22. 9. wurde „Sanyo-Indonesien“ eine Fabrik, die elektrische Geräte und solche, die auf der Basis von Flüssiggas arbeiten, eröffnet, die gemeinsam mit Japan und Singapur gebaut wurde (Antara 26. 9.). Mehrere Exportgüter sollen zwischen dem 1. 10. und 31. 12. mit neuen, höheren Standardpreisen belegt werden, die auf die Währungs- und Energiekrise zurückzuführen sind (Antara 3. 10.). Die Häfen Bima und Lembar sollen mit einem Aufwand von 125 Mio. Rupien ausgebaut werden (Antara 6. 10. W 746). Die internationale Energiekrise hatte eine Produktionssteigerung von Erdöl und Erdgas zur Folge (R. Djakarta 6. 10. W 746); außerdem wurden die Preise um 20% erhöht. 1972 brachte das Erdöl Indonesien mehr als 1 Mia. \$ ein, etwa 40% in ausländischer Währung; 70% der Erdölprodukte werden an Japan verkauft (NZZ 1. 11.). Präsident Suharto erklärte am 16. 11. zur Wirtschaftsentwicklung, daß die Schaffung von Dorfkooperativen ein Schritt zur Verbesserung der Effizienz und zur Anhebung des Lebensstandards der Bauern sei (R. Djakarta 16. 11. W 752). Außenminister Malik erklärte gegenüber Studenten, die das ausländische Kapital kritisierten, daß es zwar bei der Verteilung von Auslandshilfe zur Mißwirtschaft gekommen sei, daß man aber in Zukunft „noch viel mehr“ Hilfe brauche, um höhere Ziele zu erreichen (R. Djakarta 22. 11.). (Zu den Entwicklungsproblemen Sulawesi NZZ 9. 10.; zum Tourismus NZZ 18. 12.; zu Westneuguinea NZZ 2. 12., Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 7. 10.)

Äußeres/Allgemein: Am 3. 10. begann die 10. Generalversammlung der Asian Broadcasting Union (ABU), an der mehr als 100 Repräsentanten teilnahmen (R. Djakarta 30. 11., 4. 12. FE 4467, 69). Außenminister Malik erklärte am 6. 12., daß Indonesien nicht in der Lage sei, anderen ASEAN-Staaten zu helfen (R. Djakarta 6. 12. FE 4471). Auf der 15. Sitzung der Intergovernmental Group on Indonesia (IGGI) wurden die für 1974/75 bereitzustellenden Mittel auf 850 Mio. US-\$ angesetzt; die im Frühjahr zu fixierenden Kredite und nicht rückzahlbaren Zuwendungen der nicht-kommunistischen Geberländer sollen die gleiche Höhe erreichen. An der Spitze der Geberländer stehen Japan, die USA und die Weltbank; feste Kreditverpflichtungen liegen von folgenden Staaten vor (in Mio. US-\$): USA 233, Weltbank 150, Niederlande 60, Australien 34, Neuseeland 2,5 (NZZ 27. 12.). Die Internationale Finanzkooperation (IFC), Mitglied der Weltbankgruppe, gewährt ihre 2. Investition in Höhe von 2,3 Mio. \$ für die Expansion einer integrierten Textilfabrik (IFC Mitteilung 1. 11.). **Asien/Australien:** Präsidentenberater Ali Murtopo inoffiziell in Canberra zur Sondierung der Handelsbeziehungen (Antara 11. 10.); am 8. 11. Ratifizierung der Verträge von 1971 und 1972 über die Meeresbodengrenze (R. Melbourne 8. 11. FE 4447); Malik am 9. 11. in Canberra, Vorschlag der Gründung einer regionalen Organisation, an der die Staaten Südostasiens und der pazifischen Region teilnehmen sollen (R. Melbourne 9., 10. 11. FE 4448, 52). Außenminister Panggabean begrüßte das militärische Hilfsangebot Australiens; für Januar sind gemeinsame Marinemanöver vorgesehen (R. Melbourne 15. 12. FE 4478). **Malaysia:** 16. 10. Unterzeichnung eines grundlegenden Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und ergänzende Abkommen über Handel, Schifffahrt und Wissenschaft (R. Djakarta 16. 10. W 747); am 7. 12. Treffen von Militärs zur Erörterung der gemeinsamen Operationen gegen die Kommunisten in Kalimantan-Sarawak (R. Djakarta 8. 12. FE 4472). **Papua-Neuguinea:** Besuch von Malik vom 11.–14. 11. (R. Djakarta 12. 11. FE 4450). **Japan:** Export von 263.589 t Rohöl aus

Westirian (Antara 2. 10.); Ansuchen Indonesiens um Wirtschaftshilfe im Austausch für Naturgas in Höhe von 700 Mio. US- $\text{\$}$ (Kyodo 10. 11. W 750). Demonstrierende Studenten verlangten am 1. 12. in Djakarta einen Stop der japanischen Produktion von synthetischem Gummi, da damit der Gummimarkt unterminiert würde (vgl. Wirtschaft) (Antara 1. 12. FE 4468); Unterzeichnung eines Abkommens der Pertamina am 3. 12. mit fünf japanischen Gesellschaften über die Lieferung von 7,5 Mio. t flüssiges Naturgas jährlich für die Dauer von 20 Jahren, beginnend 1974 (Kyodo 3. 12. W 745). **Afrika/Nahost:** Anerkennung von Guinea-Bissau am 3. 11. (R. Djakarta 3. 11. FE 4443). Entsendung einer Friedensstreitmacht von 600 Mann in den Nahen Osten (R. Djakarta 14. 11. FE 4453). Besuch des Beraters von Präsident Sadat Tawiq Uwaydah (R. Djakarta 7., 8. 12. FE 4473). **Europa:** Bundesrepublik Deutschland: Abkommen für 1973/74 über Finanzhilfe in Höhe von 160 Mio. DM am 7. 10. (R. Djakarta 7. 12. W 755); mehrere Abkommen über eine Anleihe von 16,5 Mio. DM zur Finanzierung von Metallwerken in Ostjava (10 Jahre Aufschub, 30 Jahre Rückzahlfrist, 2 $\frac{1}{2}$ % Zins) (Antara 3. 10. W 747). Schweden: Abkommen über 10 Mio. $\text{\$}$ Anleihe am 6. 10. für Wasserbauprojekte; 10 Jahre Aufschub, Rückzahlfrist 50 Jahre 1 $\frac{1}{2}$ % Zins (R. Djakarta 6. 10. W 747, s. auch NZZ 20. 10., 20. 12.). **Amerika/USA:** Die US-Investitionen rangieren mit über 80 Mio. US- $\text{\$}$ an erster Stelle, Japan folgt mit 43 Mio. (NCNA 26. 10.). Amerikanische Hoffnungen auf rasche Steigerung der Erdölexporte scheinen sich nicht zu erfüllen, da Japan über 70% erhält, etwa 17% gehen in die USA (NZZ 8. 11.). (Zu den Beziehungen zu den sozialistischen Staaten siehe NZZ 9. 12.).

3. Kambodscha

Inneres und Wirtschaft In einer Botschaft an die Nation vom 1. 10. wandte sich Präsident Lon Nol mit dem Aufruf an das Volk, gemeinsam gegen die Truppen Nordvietnams und des Vietkong vorzugehen und nannte Beweise für nordvietnamesische Besetzungspläne (R. Phnom Penh 1. 10. FE 4413). Am 3. 10. Verabschiedung eines ersten Wehrpflichtgesetzes, nach dem alle Männer von 18–35 zum Wehrdienst eingezogen werden (R. Phnom Penh 3. 10. FE 4416). Zum 3. Jahrestag der Proklamation der Republik am 9. 10. Appell Lon Nols an die Bevölkerung zur Einheit im Kampf gegen den Feind, Bekräftigung des Festhaltens am Pariser Vietnamabkommen vom 27. 1. 73 (R. Phnom Penh 9. 10. FE 4420). Rücktritt von Premier In Tam am 10. 10., der jedoch nicht angenommen wurde (R. Phnom Penh 14. 10. FE 4425); Umwandlung des Kabinetts am 23. 10. wie folgt: Premier, Inneres, Religion und Generalmobilmachung – In Tam; Stellv. Premier, Kabinettsbeziehungen mit dem Parlament und Koordinierung von Äußerem, Verhandlungen und Friedensfragen, Kultur und Soziales – Hang Thun Hak; Stellv. Premier, öffentliche Arbeiten, Transport – Op Kim Ang; Stellv. Premier, Verteidigung – Thappana Nginn; Äußeres – Long Boret; Planung – Khy Tang Lim Finanzen – Keo Mong Kry Arbeit und Wohlfahrt – Keam Reth (Liste in FE 4432). Vor dem Parlament erläuterte In Tam das Programm seiner Politik, es sieht im Inneren die nationale Vereinigung und den Wiederaufbau der Wirtschaft vor, in der Außenpolitik sollen freundschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarstaaten aufgebaut werden, mit dem Anspruch der Alleinvertretung in den UN (R. Phnom Penh 23. 10. FE 4432). Lon Nol erklärte zur Umbildung des Kabinetts und der Verlängerung der Sondervollmachten für sich, daß dies wegen der militärischen und politischen Lage notwendig sei, da die Versuche einer Beilegung des Konfliktes mit der Befreiungsfront bisher ohne Ergebnis blieben (R. Phnom Penh 23. 10. MD 25. 10.). Am 19. 11. Attentatsversuch auf den Palast von Lon Nol mit einem Flugzeug der Luftwaffe (FAZ 20. 11.). Wiederholte Aufforderungen von Lon Nol an die Bevölkerung, die 'letzten Reserven' zum Kampf gegen die Nordvietnamesen im Lande zu mobilisieren mit Hinweisen auf Deserteure auf der Gegenseite und die Entmachtung des Prinzen Sihanouk (R. Phnom Penh 21. 11. FE 4458, 9. 12. FE 4474). Die parlamentarische Opposition im Lande, seit den Ausnahmegesetzen vom März ohne Einfluß, steht der weiteren Entwicklung skeptisch gegenüber (IHT 10. 12.). Rücktritt In Tams von Regierung und Hohem politischen Rat am 8. 12. (FE 4475); neuer Premier wird Außenminister Long Boret, Vorstellung des Kabinetts am 26. 12., mit 16 Mitgliedern, 13 Ministern weniger als die Regierung In Tam (NZZ 29. 12.). Long Boret hält an dem Sechs-Punkte-Friedensvorschlag vom 6. 7. 1973 fest und gibt als ihr Ziel die Wiedervereinigung des Landes, wirtschaftliche, finanzielle und soziale Maßnahmen sowie eine bessere Reisverteilung und eine pünktliche Soldzahlung bei gleichzeitiger Steuerrevision,

die zusätzliche Einnahmen sichern soll, und eine Bekämpfung des Flüchtlingseleuds bekannt (R. Phnom Penh 28. 12. MD 30. 12.). Entgegen den Erwartungen hielt sich Kambodscha nach der Einstellung der US-Luftwaffeneinsätze am 15. 8. erstaunlich gut; Prinz Sihanouk erklärte in einem seiner vielen Interviews sogar, daß (der Krieg) „durch den jetzigen Ausmaß noch jahrelang dauern“ würde (NZZ 3. 11.). Auseinandersetzungen der Rebellen untereinander sowie Schwierigkeiten mit den Nordvietnamesen und Nachschubprobleme scheinen eine rasche Eroberung der Hauptstadt vereitelt zu haben. Trotzdem dauert das militärisch-politisch-wirtschaftliche Debakel der Regierung Phnom Penh an, das vor allem durch die permanenten Kämpfe bedingt ist, die keine planmäßige Wirtschaftsentwicklung zulassen, wozu eine politische Instabilität kommt (NZZ 3. 11., FAZ 13. 11.). Die kambodschanische Währung wurde am 20. 10. abgewertet, Parität des Riel zum US- $\$$ 275 (bisher 250) (NZZ 22. 10.).

Äußeres/UNO: Der Versuch der VR China, die Exilregierung des Prinzen Sihanouk zum rechtmäßigen Inhaber des kambodschanischen Sitzes in den VN zu erklären, ist fehlgeschlagen; auf den Antrag Nigerias wurde die Debatte darüber am 6. 12. ohne Beschluß mit 53 zu 50 Stimmen bei 21 Enthaltungen auf die nächstjährige Session vertagt (NZZ 8. 12.; siehe auch NZZ 7. 12. IHT 10. 12.). **U d S S R:** Am 25. 10. reisten zehn Diplomaten mit ihren Familien aus Phnom Penh ab, die Botschaft ist praktisch geschlossen, ohne daß eine Erklärung abgegeben wurde. Kambodschanische Vertreter erklärten, die Beziehungen seien nicht formell abgebrochen worden (AIR 25. 10.).

4. Königreich Kambodscha (Exilregierung Sihanouk)

Die Anerkennung der Exilregierung durch die UdSSR am 10. 10. veränderte die Situation grundlegend, da er eine stärkere Unterstützung Moskaus für Sihanouk zur Folge haben dürfte (NZZ 13. 10.). Gleichzeitig häufen sich Meldungen über Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen der Befreiungsfront untereinander sowie mit Nordvietnam; angeblich habe Hanoi Waffenlieferungen gestoppt (SZ 29. 10.). Zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit erklärte Penn Nouth am 8. 11., daß es das Ziel der Befreiung sei, in der kommenden Trocken-saison die „Befreiung“ Kambodschas zu vervollständigen (NCNA 8. 11.). Am 9. 11. Verlegung der Regierung Sihanouks von Peking nach Kambodscha unter gleichzeitiger Anforderung an das Ausland, die Regierung nicht länger als im Exil befindlich anzusehen (AKI 9. 11. FE 4448, NZZ 13. 11.). Nach Sihanouk erfolgte dieser Schritt, um seine Position in der UN-Debatte über Kambodscha zu verstärken, er dementierte ihm vorgeworfene Äußerungen gegen China (AFP 17. 11.). Seit 7. 12. befindet sich die Regierung Sihanouk vollständig auf kambodschanischem Boden; gleichzeitig wurden fünf neue Minister ernannt; Justiz – Prinz Norodom Phurissara; Gesundheit – Thioung Thioeunn; Öffentliche Arbeiten, Wiederaufbau – Toch Phoueuon Religion und Soziales – Chou Chet; Volksbildung und Jugend – Frau Ieng Thi Rith (AKI 7. 12. FE 4472). Am 2. 10. wurde die gemischte Kommission entsprechend dem Abkommen vom 14. 9. designiert; ihr gehören je 7 Mitglieder des laotischen Kabinetts unter General Vilaysane und des Pathet Lao unter Phetrasy an (NZZ 5. 10.). Der Transport von Vertretern der Pathet Lao nach Vientiane begann am 12. 10., der nach Luang Prabang am 17. 10. und wurde am 19. 10. von der Regierung eingestellt, die den Pathet Lao eine Verletzung der Abkommen vorwarf (R. Pathet Lao 23. 10. FE 4434). Nach erneuten Verhandlungen wurde beschlossen, die Flüge nach Vientiane am 3., 5., 6., 7., 13., 14., 15. und 16. 11. und die nach Luang Prabang am 3.–7., 8.–9. 11. fortzusetzen (R. Pathet Lao 2. 11. FE 4441). Die Flüge wurden von sowjetischen und chinesischen Zivilflugzeugen durchgeführt. Zur Neutralisierung von Vientiane wurden 1300 Soldaten, Polizisten und Beamte des Pathet Lao in die Stadt eingeflogen, die Hälfte davon nach Luang Prabang (NZZ 17. 11.). Am 25. 10. Erklärung der Regierung, daß es keine Fortschritte in den Verhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung gegeben habe, statt dessen mehrere Verletzungen des Waffenstillstands (R. Vientiane 25. 10. FE 4435). Am 23. 11. erstes Treffen zwischen Regierungsmitgliedern und Pathet Lao; beide Seiten zeigten sich zufrieden über die bisherige Entwicklung; während die Regierung die Bildung einer Koalitionsregierung als vordringlich ansieht, verlangte der Pathet Lao zunächst die Neutralisierung der beiden Städte (R. Pathet Lao, R. Vientiane 23. 11. FE 4460, NZZ 25. 11.). Die Kommission will zunächst jeden Donnerstag zusammentreffen. Prinz Souvanna Phouma ersuchte Prinz Souvannouvong am 29. 11. in einem Telegramm um die Beschleunigung der Gespräche und die Bildung einer neuen Regierung (AFP 29. 11.). Am

13. 12. einigten sich beide Seiten auf erste Einzelheiten zur Erfüllung des Abkommens, wonach sich die Kommissionsmitglieder frei in Laos bewegen können sollen und die Einzelheiten für das Sicherheitspersonal und den Umfang der Sicherheitsvorkehrungen festgelegt wurden (R. Vientiane 13. 12. FE 4477). Der Ausnahmezustand, am 12. 2. 71 verhängt, soll am 1. 1. 74 aufgehoben werden (IHT 14. 12.). Parallel zur verstärkten Präsenz des Pathet Lao in Vientiane wurden die amerikanischen Militärberater abgezogen, was sowohl das Personal der Hilfsorganisation USAID betrifft als auch die der „Air America“, die zuvor mit 180 Piloten und 40 Flugzeugen die Flüchtlinge versorgte (NZZ 21. 12.). Am 20. 12. beschuldigten sich beide Seiten erneut, gegen das Friedensabkommen zu verstoßen, wobei die Regierung den Pathet Lao vorwarf, in dem von ihm kontrollierten Gebiet 17 000 Zivilisten bewaffnet zu haben, während der Pathet Lao behauptete, daß die Regierung seine Truppen umstellen habe lassen (NZZ 29. 12.). Auf der Tagung der 7. Nationalversammlung am 7. 11. wurde das Budget für das Finanzjahr 1973/74 verabschiedet; sein Gesamtvolumen beträgt 28,785 Mia. Kip, 6 Mia. mehr als im Vorjahr; die Einnahmen werden auf 17,785 Mia. (5,5 Mia. mehr) angesetzt. Für den Ausgleich des Budgets wird auf die Hilfe befreundeter Staaten gerechnet (R. Vientiane 7. 11. FE 4447). Zur Versorgung des Landes mit Reis wurde am 5. 12. die Errichtung einer nationalen Reishandelsgesellschaft beschlossen (R. Vientiane 6. 12. FE 4471). Vom 1. 1. 74 an sollen neue Banknoten im Werte von 500 und 100 Kip herausgegeben werden (ebda). Im Hinblick auf die Erdölkrise wurde mit Wirkung vom 15. 11. eine Schließung der Tankstellen am Wochenende und eine Reduzierung der Zuteilung für die regierungsamtlichen Stellen um 50% beschlossen (R. Vientiane 15. 11. FE 4453). Per Dekret vom 20. 11. wurden zwei neue Provinzen errichtet. Die Provinz Champone besteht aus den Distrikten Champone, Klóng, Songkone, Phuvieng, Soulinhakhám und Phalane mit Chengkok als Zentrum; die Provinz Vangvieng besteht aus den Distrikten Vanvieng, Phoun, Pheung, Phatung, Kasy und Mak mit Vangvieng als Hauptstadt (R. Vientiane 27. 11. FE 4464). Mit Wirkung vom 1. 11. wurde Brigadegeneral B. Vongthachan zum Generalinspekteur der Streitkräfte befördert, Brigadegeneral B. Savatphaiphn wurde Direktor des Militärinstitutes (R. Vientiane 20. 11. FE 4459).

Äußeres/Nordvietnam: Am 4. 11. Besuch einer Delegation unter Le Duan zum Besuch der „befreiten Gebiete“; im gemeinsamen Kommuniqué wurde die besondere Verbundenheit zwischen den beiden Völkern hervorgehoben ebenso wie die Unterstützung Vietnams für die „revolutionäre Sache“ des laotischen Volkes (R. Pathet Lao 9. 11. FE 4448, Kommuniqué FE 4449). Das Parteiorgan Nordvietnams „Nhan Dan“ hob den Besuch Le Duans als ersten innerhalb von 30 Jahren des gemeinsamen Kampfes hervor (FE 4449). **Neuseeland:** Bereitstellung von 1,5 Mio. \$ für Projekte auf dem Energiesektor nach dem Ende des Krieges in Indochina (R. Vientiane 26. 9. W 744). **Australien:** Besuch von Handelsminister Cairns am 13. 10.; Ankündigung der Aufstockung der Hilfe zur Stützung der Währung von 700 000 auf 900 000 \$ 1974; Unterstützung für die Politik der Neutralität von Laos (R. Vientiane 14. 12. FE 4478).

6. Malaysia

Inneres Die kommunistische Guerillaorganisation in Sarawak scheint auseinanderzubrechen; am 26. 10. wurde bekannt, daß 92 Terroristen seit Januar getötet worden seien, 29 haben sich ergeben (FE 4414, 37). Für die Entwicklung der Streitkräfte wird 1974 ein Betrag von 180,1 Mio. Ringget benötigt, davon 12 Mio. für die Luftwaffe, 71 Mio. für das Wohnbauprogramm (R. Kuala Lumpur 2. 12. FE 4468).

Wirtschaft Der reichste Gliedstaat Malaysias ist Sabah; das jährliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 1972 1500 mal. \$ und war höher als das Durchschnittseinkommen des Staates (1127 \$). Der natürliche Reichtum liegt vor allem in den Waldbeständen, die mehr als 80% der Oberfläche des Landes bedecken; entdeckt wurden auch Erdöl, Kupfer, Silber und Gold; die Kupferreserven werden auf 70 Mio. t bei einem Kupfergehalt von 0,68% geschätzt; 5 internationale Erdölkonzerne suchen nach Öl und Gas. Die Holzproduktion stieg von 2,72 Mio. cbm 1963 auf 6,68 1973, der Erlös erhöhte sich von 51 Mio. auf 419 Mio. mal. \$; 70% der Exporteinnahmen entfallen auf die Holzausfuhr. Die Gesamtexporte stiegen von 274,8 Mio. 1963 auf 590,4 Mio. 1973. Im Entwicklungsplan von 1971–1975 sind für Sabah Gesamtausgaben in Höhe von 756 Mio. \$ vorgesehen, davon 243 Mio. auf das Verkehrs- und Transportwesen, 66 Mio. auf das Fernmeldewesen (NZZ 13. 10., zu den politischen Verhältnissen NZZ 31. 10.). Wenig er-

geschlossen ist der Staat Sarawak, dessen Handel von den Chinesen (30% der Bevölkerung) dominiert wird. Drei Viertel des Landes sind mit Urwald bedeckt, nur knapp 20% für den Ackerbau geeignet. Der Reichtum liegt neben dem Erdöl in den Holzbeständen, die bisher wenig genutzt sind. Chinesische Siedler haben kleine Pfeffer- und Kautschukplantagen angelegt; 30–40% des Reisbedarfs muß importiert werden. In den letzten 10 Jahren wurden etwa 800 Mio. mal. \$ für die Entwicklung des Landes ausgegeben, wobei vor allem die Infrastruktur verbessert wurde. Künftig soll die Forstwirtschaft entwickelt werden, wozu eine staatliche Gesellschaft gegründet wurde, die mit ausländischen Firmen zusammenarbeiten soll. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg von 588 mal. \$ 1961 auf 1038 mal. \$ 1972, das Brutto-sozialprodukt wuchs in den letzten 10 Jahren durchschnittlich um 9,5%. Haupteinnahmequelle ist Erdöl, das in Küstengewässern bei Miri gewonnen wird. Die Voraussetzungen für die Industrialisierung sind ungünstig; es herrscht ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, technische Schulen sind nicht vorhanden, der Binnenmarkt ist ausgesprochen klein. Die Ausfuhr von Industrieprodukten nach Westmalaysia wird durch hohe Frachtkosten erschwert, ein großer Teil des Handels wird über Singapur abgewickelt (NZZ 13. 10.). Am 30. 10. nahm ein multinationales Bankenkonsortium mit einem Einlagekapital von 20 Mio. mal. \$ seine Tätigkeit in Kuala Lumpur auf; die 7 Banken kommen u. a. aus den USA (Bank of America), der Bundesrepublik (Dresdner Bank) und sind mit 12%igen Anteilen beteiligt (SCMP 1. 11.). Für die „Farmers“ Organisation Authority“ (FAO) stellte die Regierung 10,07 Mio. Ringget am 19. 11. zur Verfügung, die zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion genutzt werden sollen; Hauptziel ist die Selbstversorgung mit Reis (R. Kuala Lumpur 19. 11. W 755). Für 1974 wird eine Wachstumsrate von 7% erwartet, wie Finanzminister Tun Tan Siew Sin in seiner Budgetrede am 5. 12. bekanntgab; das Gesamtbudget für 1974 sieht 5424 Mio. Ringget vor, davon 1894 Mio. für die Entwicklung; die gesamten Ausgaben sollen um 17% steigen, wovon der soziale und der Erziehungssektor am meisten profitieren; 1972 stieg das Brutto-sozialprodukt um 22%, während die Währung weiter gefestigt wurde (R. Kuala Lumpur 5. 12. FE 4470). Nach dem Wirtschaftsbericht für 1973/74 hat Malaysia einen Zahlungsbilanzüberschuß von 500 Mio. Ringget; vom Exportvolumen wird 1974 keine Steigerung erwartet. Hohe Priorität hat die Entwicklung des Erziehungswesens, 70% der Bevölkerung können lesen und schreiben, das Analphabetentum nahm von 49% 1947 auf 32% 1970 ab. In Gesamtmalaysia gingen 1972 90% der Kinder zwischen 6 und 11 Jahren in die Schule (P. Kuala Lumpur 6. 12. FE 4471).

Äußeres/Allgemein Das Neutralisierungsprojekt Malaysias soll der Region Frieden und Stabilität bringen und wird derzeit den Nachbarstaaten erläutert, doch wird kurzfristig nicht mit einer Realisierung des Vorschlags gerechnet (R. Kuala Lumpur 14. 11. FE 4452). Im Hinblick auf die Malakka-Frage basiert die Politik weiterhin auf dem Grundsatz der Aufrechterhaltung der 12 Meilen Territorialgewässer (R. Peking 11. 12.). **Asien:** Singapur: Am 14. 11. Besuch von Abdul Razak zu Gesprächen mit Premier Lee Kuan Yew über Probleme Südostasiens (R. Kuala Lumpur 14. 11. FE 4452). Vom 12.–13. Abhaltung einer Luftverteidigungsübung zusammen mit Singapur, Neuseeland, Australien und Großbritannien (R. Melbourne 14. 11. FE 4451). **Indonesien:** Vom 3.–6. 12. Tagung des Grenzkomitees unter Führung von Informationsminister Tan Sri Ghazale bzw. General Panggabean; Abstimmung über das gemeinsame Vorgehen zu Land, See und Luft im Kampf gegen die kommunistischen Guerillas (R. Kuala Lumpur 3. 12. FE 4468, R. Djakarta 6. 12. FE 4471). **Thailand:** Zusammen mit Indonesien soll eine gemeinsame Naturgummiverkaufsorganisation gegründet werden, die den Handel mit Europa abwickeln sollen (R. Kuala Lumpur 1. 10. W 746, R. Djakarta 9. 11. W 750). **Japan:** Besuch des stellv. Premier Hussein Bin Onn am 16. 10., wo er die Versicherung abgab, daß japanische Unternehmen sich über ihre Anlagen in Malaysia nicht zusagen brauchten (Kyodo 16. 10. W 747). **VR China:** Bekanntgabe von Hussein Bin Onn, daß derzeit in Washington über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Gespräche geführt würden (Kyodo 16. 10. FE 4427). **Bangladesh:** Gespräche über Abkommen zur Entwicklung des Kulturaustausches und zur Ausweitung der Handelsbeziehungen (R. Kuala Lumpur 18. 10. W 748). **Sonstige:** **Bundesrepublik Deutschland:** Der Siemens-Konzern wird in der Batu Berendam-Freihandelszone in westmalaysischen Staat Malakka ein Halbleiterwerk errichten, das Mitte 1974 in einer ersten Baustufe den Betrieb aufnehmen soll; auf einem 33 km² großen Grundstück entsteht eine Fabrik, die zunächst 2000, nach etwa 3 Jahren 4000 Arbeitsplätze bieten soll; die Investitionen liegen bei etwa 13 Mio. DM (FAZ 11. 10.). **Sowjetblock:** Die Entwicklung der Beziehungen der UdSSR zu Malaysia

und Singapur wird von der Untergrund KP Malaysias scharf attackiert, die offensichtlich pro-chinesisch ausgerichtet ist (Voice of Malayan Revolution 8. 11. FE 4449).

7. Philippinen

Inneres Der Kleinkrieg der Moslemrebelln in der Provinz Sulu wird fortgesetzt, doch liegen keine Angaben über das Ausmaß der Kämpfe vor (AFP 26. 10.). Präsident Marcos erklärte am 21. 9. zur Sicherheitssituation, daß es in einigen Teilen der südlichen Inseln, in Nord-luzon und Bizolandia noch Gefechte gäbe; die Regierung vergrößere die Anstrengungen, um die Moslemregion zu entwickeln, und ist bereit, „all jenen die Hand zu reichen, die Freundschaft wünschen“ (R. Manila 21. 9. FE 4407). Das Kriegsrecht soll für Weihnachten und Neujahr aufgehoben werden und für die Zeit vom 16.–30. 12. um zwei Stunden von 1–3 Uhr gekürzt werden (R. Manila 6. 12. FE 4472). Im Hinblick auf die Energiekrise forderte Marcos die Beschäftigten auf, mit der Regierung zusammenzuarbeiten und die Arbeit nicht niederzulegen (R. Manila 8. 12. FE 4473).

Wirtschaft Große Anstrengungen werden unternommen, um den Tourismus zu entwickeln (NZZ 10. 11.). Um der Erdölkrise zu begegnen, wurde die Bevölkerung zum Sparen aufgerufen und am 13. 11. eine „Philippine National Oil Corporation“ gegründet, um Erdöl direkt von den arabischen Staaten zu importieren (R. Manila 13. 11.). In Mindanao verursachte eine Flutkatastrophe große Verwüstungen, von der 14 000 Familien betroffen wurden (R. Manila 27. 9. W 754). Während der ersten 8 Monate des Jahres wurde im Außenhandel ein Überschuß von 531 Mio. US-\$ erzielt gegenüber 10 Mio. im Vorjahr; die Importzahlen beliefen sich auf 810 Mio. US-\$ (SCMP 27. 9.).

Äußeres/Asien: Singapur: Vereinbarung über die Schaffung einer regionalen Vereinigung nationaler Schifffahrtsunternehmen, die die Frachtraten senken sollen (R. Manila 25. 9. W 746). Japan: Abkommen über eine Anleihe von 10 600 Mio. Yen (Aufschub 7, rückzahlbar in 18 Jahren, 3,25% Zins) für den Einkauf von Industriematerialien aus Japan am 20. 11. (Kyodo 20. 11. W 753). Naher Osten: Die arabische Entscheidung, das Embargo um 5% zu lockern, wurde begrüßt (R. Manila 28. 11. FE 44464). Syrien: Besuch von Außenminister Abb al-Halim Khaddan und Zusammentreffen mit Präsident Marcos, wobei dieser die Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrates unterstützte (Tass 13. 12. Fe 4470). Sonstige: Rumänien: Handelsabkommen in Höhe von 600 000 US-\$, in dessen Rahmen eine Fabrik und eine Beteiligung bei der Ölsuche erfolgen sollen; Verhandlungen über den Import von Traktoren im Werte von 50 000 \$ und Kunstdünger im Werte von 150 000 \$ (R. Manila 24. 12. FE 4486). USA: Das am 31. 12. auslaufende Abkommen über Baumwolltextilien wurde um weitere 3 Jahre verlängert (JA 24. 10.).

8. Singapur

Inneres und Wirtschaft Premier Lee Kuan Yew begrüßte die Tätigkeit der multinationalen Gesellschaft in Südostasien, da große Firmen Südostasiens zu einer besseren Technologie und einem höheren Lebensstandard verholfen hätten, und drückte die Erwartung aus, daß ihre Unpopularität in anderen Regionen ihre Aktivität auf Südostasien lenken würde. Er wiederholte seinen Vorschlag für den Aufbau einer internationalen Stahlindustrie in Südostasien mit australischem Eisenerz, wobei er eine Beteiligung von Malaysia, Thailand und Philippinen mit japanischer Technologie vorschlug (R. Melbourne 5. 10. W 746). Am 13. 10. wurde ein früherer Direktor der chinesisch-sprachigen Zeitung „Nan Yan Siang Pao“ unter der Auflage entlassen, daß er nach Kanada auswandere. Ihm wurde vorgeworfen, zusammen mit seinem Bruder die „chauvinistische chinesische Linie“ vertreten und den Kommunismus verherrlicht zu haben, was die Sicherheit Singapurs beeinträchtigte (R. Singapur 13. 10. FE 4425).

Äußeres/Indonesien: Besuch von Außenminister Rajaratnam, der u. a. für das Fünf-Mächte-Verteidigungsbündnis eintrat und die multinationalen Gesellschaften verteidigte (R. Melbourne 9., 10. 11. FE 4448). Australien: Besuch von Rajaratnam zu Gesprächen über die Situation in Südostasien; Betonung der Rolle Australiens für die Verteidigung Asiens (R. Melbourne 13. 11. FE 4451). Neuseeland: Ebenfalls Besuch von Rajaratnam mit den

gleichen Schwerpunkten und der Betonung der Rolle Neuseelands für die Sicherheit der pazifischen Regionen (R. Melbourne 19. 9. FE 4456). USA : Am 14. 11. wurde beschlossen, die Ölversorgung für die 7. US-Flotte im Pazifik einzustellen, eine Maßnahme, die auf arabischen Druck zurückzuführen ist (NZZ 16. 11.). C S S R : Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschaftsebene (R. Singapur 23. 11. FE 4461). **Sonstige:** Rajaratnam erklärte, daß Singapur um sowjetische Schiffe im Indischen Ozean nicht besorgt sei, da er einen Neutralisierungseffekt in der Präsenz Kriegsschiffe fremder Staaten sehe (R. Melbourne 23. 10. FE 4451).

9. Thailand

Inneres Nachdem es bereits am 6. 10. zu Demonstrationen einer „Gruppe für die Verfassung“ und Verhaftungen gekommen war (R. Bangkok 9. 10. FE 4420) kam es zu neuen Demonstrationen gegen die Festnahmen am 11., 12., 13. und 14. 10., die sich ausweiteten und die vorwiegend von Studenten getragen wurden (R. Bangkok 11.–14. 10. FE 4424). Die Unruhen waren eine Folge des Ultimatums des Studentenverbandes, mit dem die Freilassung der 13 Verhafteten gefordert wurde und in deren Verlauf es zu Auseinandersetzungen kam, die Hunderte von Toten forderten; am 14. 10. um 10.55 Uhr wurde der Rücktritt der Regierung unter Feldmarschall Kittikachorn bekanntgegeben, kurz darauf appellierte der König an die Studenten, die Protestaktionen einzustellen, und gab bekannt, daß er den Rektor der Universität Sanya Thammasak zum neuen Premier bestellt habe (R. Bangkok 14. 10. FE 4425, NZZ FAZ 15. 10.). Für die zunächst auch nach dem Rücktritt Kittikachorns anhaltenden Unruhen wurden nicht Studenten, sondern bewaffnete „Unruhestifter“ verantwortlich gemacht, die „terroristische Sabotageakte“ verübten (R. Bangkok 15. 10.), die insgesamt mehr als 400 Tote forderten (The Nation 15. 10.). Vom 14. 10. an wurden die Ministerien von den jeweiligen Staatssekretären verwaltet (R. Bangkok 15. 10.), das Ausgehverbot am 15. 10. aufgehoben. Kittikachorn und Charusathien verließen am 15. 10. das Land (R. Bangkok 15. 10., FE 4426, 27, NZZ SZ 16. 10., NZZ 17., 24. 10.). Am 18. 10. Bekanntgabe, daß die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt sei; insgesamt sollen 63 Personen getötet, 843 verwundet worden sein (R. Bangkok 24. 10. FE 4434). Einsetzung einer Regierungsdelegation, die sich mit dem „National Student Center of Thailand“ in Verbindung setzen und die künftigen Maßnahmen absprechen soll (R. Bangkok 24. 10. FE 4435). Am 25. 10. 32. Tagung des Nationalen Legislativrates, auf dem der Rücktritt von neuen Mitgliedern mit Wirkung vom 16. 10. bekanntgegeben und die Grundzüge der Politik der neuen Regierung verkündet wurden (Text FE 4436). Für die Außenpolitik wurden als Ziele die Aufrechterhaltung von Unabhängigkeit, Souveränität und Integrität, für die Wirtschaftspolitik eine weitreichende Hilfe für die Landwirtschaft und eine Stabilisierung angegeben. Die wichtigsten Kabinettposten sind wie folgt besetzt: Premier – Sanya Thammasak; Stellv. Premier – Sukit Nimmanheimin; Verteidigung – Thawi Chullasap; Äußeres – Charunphan Issarangkhun Na Ayuthaya; Finanzen – Bunma Wongsawan, Landwirtschaft – Prinz Chakaphan Pensiri, Chakkaphan; Handel – Chanchai Leethaworn; Inneres – Kamon Wannaprapa; Justiz – Prakob Hutasing; Erziehung – Aphai Chanthawimon; Gesundheit – Udom Posakrissana Industrie – Osot Kosin (R. Bangkok 16. 10. FE 4426). Am 6. 11. Verabschiedung eines Gesetzentwurfes über eine Amnestie für die Studenten und sonstigen Teilnehmer der Demonstrationen vom 13. Oktober (R. Bangkok 6. 11. FE 4445). Ein Untersuchungsbericht über die Oktober-Unruhen kam am 8. 11. zu dem Ergebnis, daß die Feldmarschälle Kittikachorn und Charusathien ebenso wie Oberst Narong Kittikachorn ihre offiziellen Funktionen im Zusammenhang mit den Demonstrationen gesetzwidrig ausgeweitet hatten, weshalb rechtliche Schritte gegen sie eingeleitet werden sollen (R. Bangkok 8. 11. FE 4448). Der Sturz der Militärs hat große Erwartungen bei der Bevölkerung ausgelöst und genießt grundsätzlich deren Unterstützung; erwartet wird die Verabschiedung einer Verfassung sowie Reformen im Innern, außerdem eine Änderung der Außenpolitik in Richtung auf eine neutrale Linie. Tatsächlich war die Situation nach dem Armeebefehlshaber General Krit Siwara auch Mitte November noch nicht völlig beruhigt (R. Bangkok 15. 11. FE 4452); am 20. 11. Aufforderung an die Studenten, in allen Provinzen Demonstrationen endgültig einzustellen, die sich vor allem gegen angeblich korrupte Gouverneure, Offiziere und Angehörige der früheren Regierung richteten (R. Bangkok 20. 11. FE 4458). Zahlreiche militärische Umbesetzungen erfolgten Mitte November (Liste FE 4456). Ende November brachen

Streiks aus, mit denen höhere Löhne, bessere Sozialleistungen sowie die Absetzung von Vorgesetzten gefordert wurden; die Regierung setzte den Mindestlohn zunächst auf 16 Baht (etwa 2 DM) täglich herauf und hob die Besoldung für die Angestellten an (RE 4466, 68 FAZ 5. 12.). Am 7. 12. Zusage, ein neues Wahlgesetz zu verabschieden, das u. a. das Wahlalter von 20 auf 18 herabsetzt und die Zahl der Parlamentsmitglieder mit 240–300 angibt (R. Bangkok 8. 12. FE 4472). Am 11. 12. Bekanntgabe von 2346 Mitgliedern einer Nationalen Generalversammlung, die den Nationalen Legislativrat wählen soll (R. Bangkok 11. 12. FE 4474). Bisher setzte sich die Legislative überwiegend aus Polizisten und Angehörigen der Militärs zusammen. Nach königlichem Dekret wurde die Zahl der Nationalen Legislativversammlung am 23. 12. auf 299 Mitglieder festgelegt (FE 4486).

Wirtschaft Die Einnahmen im Finanzjahr 1973 betragen nach Kittikachorn 25359 Mio. Baht, 4024 Mio. (18,8%) mehr als 1972 und 2059 Mio. mehr als geplant (R. Bangkok 10. 10. W 746). Tatsächlich scheinen wirtschaftliche Gründe für den Regierungsturz mit ausschlaggebend gewesen zu sein; der Abzug der US-Truppen aus Vietnam beendete den langjährigen Wirtschaftsboom, hinzu kam eine schlechte Reisernte wegen Trockenheit; die Lebenshaltungskosten stiegen in den letzten Monaten steil an. Der gegenüber 1972 beträchtliche Rückgang der Reisesporte wird ein Außenhandelsdefizit von etwa 12 000 Mio. Baht nach sich ziehen; die Exporte werden auf 24 310 Mio., die Importe auf 36 120 Mio. geschätzt (NZZ 25. 10.). Die Streiks seit Ende November beeinträchtigten die Wirtschaftsentwicklung spürbar, zumal der Staatshaushalt dadurch enorme Belastungen auf sich nehmen mußte. Die Energiekrise führte zu Benzinpreiserhöhungen und hatte als mittelbare Folge ein Abkommen mit der VR China über die Lieferung von Dieselöl zur Folge (NCNA 27. 12. FE 4486). Hauptproblem ist gegenwärtig die Inflation bei einer sehr hohen Bevölkerungszuwachsrate; 1971 stieg der Lebenshaltungskostenindex um 1,2%, 1972 um 6 und in den ersten neun Monaten 1973 um 15,3%. Die neue Regierung versucht der Inflation mit einer Stabilisierung der Preise zu begegnen, wozu eine staatliche Preiskontrolle über Reis und einige Fleischsorten verfügt wurde; außerdem wird beabsichtigt, die Importe von Konsumgütern zu beschränken und die von Investitionsgütern anzukurbeln. Im Außenhandel standen 1972 einem Import von 1502 Mio. \$ Exporte von 1095 Mio. \$ gegenüber; die Einnahmen aus Dienstleistungen betragen 330 Mill. \$, aus Investitionen 164 Mio. Das Bruttosozialprodukt betrug 1971 etwa 7,2 Mia. \$, das entspricht einem Pro-Kopf-Einkommen von 206 \$, womit sich das Wachstum von 8,5% (1965 bis 70) auf 6,1 verlangsamt (NZZ 30. 12.).

Äußeres/Asien: **Kambodscha:** Die Regierung Lon Nol wird weiterhin als einzig legitime Regierung des Staates angesehen (R. Bangkok 10. 11. FE 4448). **Birma:** Nach wie vor flüchten zahlreiche Rebellen nach Thailand, wo sie teilweise unterstützt werden, was zu Verstimmungen mit Birma führte (R. Bangkok 4. 10. FE 4419). **Nordvietnam:** Premier Thammak erklärte sein Interesse an „normalen“ Beziehungen zu Hanoi (ADN 26. 10.). Nordvietnamesische Flüchtlinge sollen nur im Austausch gegen geflüchtete Thai repatriert werden, und auch nur dann, wenn sie dies wünschen (R. Bangkok 19. 12. FE 4481). **Japan:** Die Exporte betragen von Januar bis Ende September 1973 6200 Mio. Bath, 86% mehr als im Vorjahr; die Importe betragen 10 521 Mio., 27% mehr als im Vorjahr; das Handelsdefizit beträgt damit 4321 Mio. Baht, 13% mehr als 1972 (R. Bangkok 20. 11. W 754). Handelsminister Leethavon vom 11.–14. 12. in Tokyo zu Ministergesprächen, wo er Premier Tanaka um günstigere Anleihen ersuchte (Kyodo 14. 12. FE 4478). **Australien:** Die neue Regierung wünscht freundliche und enge Kontakte mit Canberra, nachdem frühere „Mißverständnisse“ ausgeräumt sind (R. Melbourne 23. 11. FE 4459). **Laos:** Bis Juni 1974 sollen alle Freiwilligen aus Laos abgezogen werden; früher waren bis zu 30 Bataillone eingesetzt, am 1. 7. 1973 noch 17 (The Nation 18. 11.). **Amerika:** **USA:** Der Abzug der US-Streitkräfte wurde Mitte Oktober wegen der unsicheren militärischen und politischen Lage in Indochina vorläufig unterbrochen; etwa 3600 Mann sind seit August 1973 abgezogen, die Gesamtstärke wird auf etwa 40 000 Mann in 6 Stützpunkten geschätzt (FAZ 11. 10.). Jährlich sollen die USA die thailändischen Aktivitäten in Laos über den CIA mit 9 Mio. Baht monatlich finanziert haben (R. Bangkok 15. 11. FE 4453). **Europa:** **Schweden:** Wegen eines Protestes der Regierung gegen die Aktivitäten der „Thai Liberation Movement“ wurde der thailändische Botschafter zurückberufen (R. Bangkok 7. 12. FE 4471). **Sonstige:** **Ungarn:** Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschaftsebene am 12. 10. (FE 4424).

10. Südvietnam

Inneres Präsident Thieu kündigte am 15. 10. eine Verwaltungsreform an, parallel dazu eine Dezentralisierung der Verwaltung (Vietnam Press 16. 10. FE 4427). Kabinettsumbildung am 23. 10.: Handels- und Industrieminister — Nguyen Duc Cuong; Landwirtschaft — Tan That Trinh; Finanzen — Chau Kim Ngan; das Postministerium wurde dem Ministerium für öffentliche Arbeiten eingegliedert, neuer Minister: Duong Kich Nhung (FE 4433). Am 27. 10. Umbildung des Oberkommandos der Streitkräfte; neuer Kommandant der 3. Militärregierung wird der Delegationschef bei den innersüdvietnamesischen Verhandlungen, General Pham Quo Thuan; sein Vorgänger General Nguyen Van Minh wird Kommandeur der Thu Doc Infanterieschule (Vietnam Press 27. 10. FE 4437). Zum Nationalfeiertag am 1. 11. erklärte Thieu, daß seit dem Waffenstillstand Nordvietnam mehr als 100 000 Soldaten und über 600 Panzer in den Süden gebracht hätte, außerdem seien 12 Flugplätze und zahlreiche Straßen gebaut worden; falls Nordvietnam wie erwartet Anfang 1974 eine Offensive einleiten würde, sähe er sich gezwungen, die USA erneut um Luftunterstützung zu bitten (R. Saigon 31. 10. FE 4440, NZZ 1. 11.). Im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform wurden Anfang November 27 Gruppen mit mehr als 1000 Kadern in 13 Provinzen und Städte entsandt, um dort in Zusammenarbeit mit den lokalen Kadern die Verwaltung zu reaktivieren (Vietnam Press 11. 11. FE 4449). Mit Wirkung vom 12. 11. wurde Vuong Van Bac neuer Außenminister (Vietnam Press 13. 11. FE 4451). Neuer Kommandeur des 4. Militärbezirkes wurde General Chuong Dzenh Quay (Vietnam Press 23. 11. FE 4459, s. auch FE 4465). Folgende neue Provinzkommandeure wurden ernannt: Provinz Tay Ninh — Oberst Tran Van Ty; Provinz Hau Ngia — Oberst Ton That Soan; Provinz Darlac — Oberst Nguyen Trong Luac; Provinz Quang Duc — Oberst Phan Van Nghin (Vietnam Press 23. 11. FE 4461).

Wirtschaft Der Wechselkurs zum US-\$ wurde am 3. 10. auf 520 Piaster festgesetzt (bisher 510) (NZZ 5. 10.). Der Abzug der USA hat eine erhebliche Verschlechterung der Wirtschaftssituation zur Folge, eine galoppierende Inflation, Wirtschaftsverknappung und Preissteigerungen. Negative Auswirkungen hatte die am 1. 7. eingeführte Mehrwertsteuer sowie erhöhte Einkommenssteuern. Durch den Truppenabzug gehen die Einnahmen um etwa 2 Mio. \$ jährlich zu Lasten der Devisenreserven zurück; die erwarteten Auslandsinvestitionen erfolgten nicht, da kein Vertrauen in die militärisch-politische Lage besteht (NZZ 11. 10.). Thieu nannte am 31. 10. als die beiden größten Schwierigkeiten die Inflation und die Arbeitslosigkeit, denen mit öffentlichen Bauvorhaben begegnet werden soll; außerdem soll die Landwirtschaft entwickelt und die regelmäßige Belieferung der Städte zu stabilen Preisen gesichert werden (R. Saigon 31. 10. W 750). Das Budget für 1974 wird auf 6428,378 Mio. Piaster angesetzt, etwa 1,6 Mio. mehr als im Vorjahr (Vietnam Press 16. 11. FE 4458). Für 1974 werden 379 Mio. US-\$ Wirtschaftshilfe von den USA, 50 Mio. von Japan, 22 Mio. von der BRD und 25 Mio. von Frankreich erwartet (Vietnam Press 21. 11. FE 4458). Die Politik der nächsten Jahre zielt vor allem auf die Selbstverteidigung und den Wiederaufbau bzw. die Entwicklung der Wirtschaft ab (Vietnam Press 1. 12. FE 4467). Die Aufbaupläne beruhen im wesentlichen auf ausländischen Investitionen, wofür die im letzten Jahr verabschiedeten Investitionsgesetze eine Befreiung von fast allen Steuern für 5 Jahre, freien Gewinntransfer und stufenweisen Rücktransfer des Anlagekapitals vorsehen; die Industrialisierung steckt noch in ihren Anfängen, besonderes Interesse haben französische und japanische Unternehmungen gezeigt. Die Voraussetzungen sind relativ gut, da viele Arbeiter und Angestellte technische Kenntnisse von den Amerikanern erworben haben, die Löhne relativ gering sind und die Infrastruktur von den USA weitgehend ausgebaut wurde. Die Landwirtschaft bleibt jedoch auch in Zukunft die Basis der Wirtschaft; derzeit werden 3 Mio. ha Ackerland bearbeitet, weitere 3 Mio. sollen im Laufe des Achtjahresplanes hinzugewonnen werden; der Wert der landwirtschaftlichen Produktion soll bis 1977 auf 800 Mio. \$ steigen (NZZ 11. 12., 22. 12.).

Äußeres/Bundesrepublik Deutschland: Eine dreiköpfige Wirtschaftsdelegation nahm Anfang Oktober in Saigon ihre Arbeit auf, um über die Verteilung von etwa 20–30 Mio. DM Wirtschaftshilfe zu entscheiden (SZ 15. 10.); Proteste wurden gegen die Absicht der Botschaft Südvietnams in der BRD erhoben, kritische Studenten zu veranlassen, nach Südvietnam zurückzukehren (DPA 19. 12. FE 4482). **Frankreich:** Unterzeichnung eines Vertrages über eine Finanzhilfe von 100 Mio. Frs. am 5. 12. in Paris (NZZ 8. 12.). **Äthiopien:** Besuch von Außenminister Vuong Van Bac vom 4.–6. 12. (Vietnam Press 5. 12. FE 4470). **Saudi-**

Arabien: Besuch des Außenministers vom 10.–13. 12., Gespräche mit König Faisal (Vietnam Press 15. 12. FE 4479).

11. Nordvietnam

Inneres Am 4. 10. Beginn der 3. Tagung des 4. Zentralkomitees der „Vietnamesischen Vaterlandsfront“ (R. Hanoi 4. 10. FE 4418). Der erste Sekretär der KP, Le Duan, besuchte Mitte Oktober Marineeinheiten (R. Hanoi 18. 10. FE 4431). Beide Ereignisse standen im Zeichen der neuerlich aufflammenden Kämpfe zwischen Nord und Süd. Am 23. 10. Verzicht Le Duc Thos auf den Friedensnobelpreis, da der Friede in Südvietnam noch nicht hergestellt sei (VNA 23. 10. FE 4433). Der Wiederaufbau und die Selbstverteidigung bei Aufrechterhaltung der Kampfbereitschaft standen im Mittelpunkt einer Reihe von Artikeln des Parteiorgans Nhan Dan (R. Hanoi 27. 10., 13. 11. FE 4439, 52). In einer Artikelserie der Armeezeitung wurde die Notwendigkeit der Fortsetzung des revolutionären Kampfes hervorgehoben, bei einer ideologischen Absetzung der Politik von Moskau, wobei deutlich wurde, daß ein gespanntes Verhältnis zwischen Partei und Armee sowie der Bevölkerung, die sich nach der Zeit des Krieges auf friedliche Zeiten einrichten will, besteht (MD 21. 12.). Relativ viel Raum wurde dem Erziehungswesen eingeräumt; in Hanoi gibt es 517 Grundschulen, 3 Lehrerbildungsanstalten mit 1200 Studenten, 9167 Lehrer und 134 165 Schüler; zusätzlich erhalten 55 682 Erwachsene nebenberuflich eine Schulausbildung (R. Hanoi 9. 10. FE 4422). In ganz N-Vietnam gibt es mehr als 5 Mio. Schulkinder, die von etwa 51 000 Lehrern unterrichtet werden (ADN 29. 10., R. Hanoi 27. 10. FE 4445). Ende November wurden die Richtlinien für den Schulbau herausgegeben, wonach versucht werden soll, Schulen nur in gemauerten Häusern unterzubringen; der Schichtunterricht soll bis 1975 abgebaut werden, die Unterrichtsbedingungen sollen allgemein verbessert werden (R. Hanoi 27. 11. W 754). Richtlinien wurden auch für Kindergärten herausgegeben (R. Hanoi 7. 12. FE 4474).

Wirtschaft In den ersten Monaten des Jahres 1973 hat der Innenhandel die Norm für den Verkauf landwirtschaftlicher Produkte um 3,4⁰%, den industrieller Produkte um 5,8⁰% gegenüber 1972 übertroffen (R. Hanoi 6. 10. W 747). Anfang Oktober wurde eine Direktive über die Beschleunigung des Aufbaus in der Trockensaison 1973/74 herausgegeben (R. Hanoi 16. 10. W 747). Die Landwirtschaft hatte unter schweren Regenfällen, Überflutungen und Taifunen zu leiden (W 747). Allgemein wird von zügigen Aufbauarbeiten berichtet; in den ersten 9 Monaten 1973 wurden in 18 Provinzen insgesamt 12 500 km Straßen gebaut oder repariert, mehr als 50⁰% von den neuen Straßen sind mit Wasserbauarbeiten verbunden (VNA 19. 10. W 747). Insgesamt werden in der Landwirtschaft derzeit 2 Mio. ha Land angebaut; jeder Bauer wurde aufgerufen, 1 ha zusätzlich zu kultivieren und die Produktion zu steigern, wobei die Hinzugewinnung von neuem Anbauland als eines der Hauptziele der nächsten Jahre angegeben wurde (R. Hanoi 21. 10. W 751). Erstes Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Entwicklung der Schwerindustrie auf der Basis der Entwicklung der Landwirtschaft und Leichtindustrie, wobei eine zentrale und eine sich entwickelnde lokale Wirtschaft aufgebaut werden soll (R. Hanoi 26. 10. W 751). Mitte November wurde eine Massenkampagne zum sozialistischen Eigentum eingeleitet, die harte Strafen für Diebstahl und Korruption vorsieht; zum Privateigentum wurde ausgeführt, daß es dieses nur auf der Grundlage von Gemeineigentum geben könne; der Artikel ist ein Hinweis auf die nicht offiziell eingestandene Kriminalität: „Diejenigen, die schuldig aber nicht rückfällig sind, die ihre Schuld sühnen, Selbstkritik üben und das sozialistische Eigentum, das sie sich fälschlicherweise angeeignet haben, zurückgeben, werden mit Nachsicht behandelt“ (R. Hanoi 18. 11. FE 4459). Zum Gesundheitswesen in Hanoi wurde gemeldet, daß die Stadt über 18 Krankenhäuser, 102 Krankenstuben und 875 Ärzte verfügt; insgesamt stehen 9465 Krankenhausbetten zur Verfügung, womit auf je 10 000 Einwohner 70 Betten und 6,6 Ärzte bzw. Pfleger entfallen (VNA 7. 10. W 746). Aus den zahlreichen Berichten über die wirtschaftliche Entwicklung in Teilbereichen bzw. Provinzen und Städten geht eine rege Aktivität auf allen Ebenen hervor, ohne daß die publizierten Zahlen einen Gesamtüberblick zuließen.

Äußeres/Allgemein Eine Einladung zur Seerechtskonferenz wurde am 6. 12. zurückgewiesen (R. Hanoi 6. 12. FE 4471). Pham Van Dong erklärte auf die Frage nach den Zielen der Politik Hanois, daß diese in der „Vollendung der nationalen demokratischen Revolution“, der „friedlichen Wiedervereinigung des Landes auf einer demokratischen Basis“ lägen (R. Algier

20. 12. FE 4483). Diplomatische Beziehungen wurden zu Argentinien (am 29. 10.), zu Gambia (31. 10.), Luxemburg (15. 11.) und Obervolta (16. 11.) aufgenommen, Asien: Laos: Unterzeichnung eines Protokollabkommens für 1974 (VNA 26. 11. W 713). Japan: Besuch einer Delegation unter Hoang Quoc Viet, der Japan zur Anerkennung der provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams aufforderte und ausführte, daß Nordvietnam auf Erklärungen Japans im Hinblick auf Entschädigung aus dem 2. Weltkrieg warte (Kyodo 7. 11. FE 4446); die Delegation wurde von Außenminister Ohira empfangen (NZZ 11. 11.). Europa: Frankreich: Besuch einer Delegation unter François Missoffe am 4. 10. zur Diskussion von Wirtschaftshilfe (VNA 4. 10. NZZ 6. 10.). Italien: Übergabe von Spenden in Höhe von 1,7 Mia. Lire (R. Hanoi 30. 11. FE 4472). Sonstige: Pham Van Dong rief die nordischen Staaten zu Hilfsleistungen für Nordvietnam auf (R. Helsinki 10. 10. FE 4423); heftige Angriffe auf die Indochinapolitik Großbritanniens für die Unterstützung Südvietnams (VNA 21. 11. FE 4457). Sozialistische Staaten: Eine Regierungsdelegation unter Pham Van Dong besuchte vom 15. 10. an Osteuropa, machte dabei am 16. 10. auch Station in Peking (FE 4427). UdSSR: Gespräch von Pham Van Dong u. a. mit Kosygin, der ihm die Bereitschaft Moskaus, beim Wiederaufbau zu helfen, mitteilte (Tass 3. 11.). Vom 19.–26. 12. Besuch einer Delegation des Obersten Sowjet (FE 4481, 83, 86). Albanien: Besuch der Delegation unter Pham Van Dong in Tirana, die Begegnung wurde als „Manifestation der Brüderlichen Liebe und Freundschaft“ bezeichnet (ATA 29. 10.). CSSR: Besuch der Delegation in Prag, Vereinbarung, die gegenseitigen Beziehungen auszubauen (VNA 3. 12. FE 4467). DDR: Besuch einer Delegation des DDR-Nationalrates in Hanoi (ADN 30. 10.); Finanzierung von insgesamt 42 Werkstätten zur Reparatur- und Dienstleistungen 1967 (ADN 27. 10.); langfristige Vereinbarungen beim Besuch Pham Van Dongs, die u. a. Hilfe von Experten beim Aufbau der zerstörten Stadt Vinh sowie die Unterstützung bei der Berufsausbildung und Weiterbildung und Lieferung von Industriegütern vorsehen (SZ 24. 10.). Kuba: Handelsprotokoll für 1974 (FE 4464); Besuch einer Militärdelegation zum kubanischen Nationaltag (VNA 24. 10. FE 4486); Entsendung von 400 kubanischen Bauarbeitern am 5. 1. nach N-Vietnam (FE 4486).

Die provisorische Revolutionsregierung Südvietnams wurde von Malta (19. 9.), Kamerun (11. 10.), Guinea-Bissau (30. 9.), Uganda (3. 10.) anerkannt.

11. Vietnam-Krieg/Vietnam-Verhandlungen

Die Gespräche zwischen Vertretern der Regierung in Saigon und der provisorischen Revolutionsregierung über die politische Zukunft des Landes wurden am 3. 10. vom Vietkong unterbrochen (NZZ 6. 10.). In einer Note vom 4. 10. an die Signatar-Staaten beschuldigte der Vietkong die USA, Saigon bei der Unterminierung des Friedensabkommens zu unterstützen, und verlangte eine Verurteilung der Politik beider Staaten (VNA 4. 10. FE 4417). Zunehmende Waffenstillstandsverletzungen, deren Ursachen die eine Seite jeweils der anderen anlastete, bedeuteten de facto eine Fortsetzung der Auseinandersetzung; schwerste Verletzung des Waffenstillstandes war die Eroberung des südvietnamesischen Außenpostens Le Minh westlich von Pleiku (NZZ 11. 10. R. Hanoi 13. 10. FE 4424, 25, NZZ 1., 5. 11.). In einem Kommuniqué vom 14. 11. beschuldigte S-Vietnam die kommunistischen Mitglieder der Kontrollkommission, deren Arbeit zu unterminieren und zu behindern (Vietnam Press 15. 10. FE 4452). Nach Angaben Saigons sind vom 18. 1.–19. 11. 1973 insgesamt 3863 nordvietnamesische und Vietkong-Soldaten getötet worden, für Südvietnam wurden 10 766 Tote, 48 501 Verwundete und 3332 Vermißte angegeben (NZZ 21. 11.). Am 22. 11. wurden die Gespräche in Paris wieder aufgenommen (FAZ 23. 11.); Südvietnam protestierte gegen „massive, fortgesetzte illegale Einschleusung von Menschen und Material aus den Norden in den Süden“, während der Vietkong Saigon die Verletzung des Waffenstillstandes in 253 296 Fällen zwischen dem 28. 1. und 11. 10. 73 vorwarf, während der mehr als 32 000 militärischer Operationen und 17 800 Polizeiaktionen von Einheiten Saigons durchgeführt worden seien (SZ 23. 11.). Am 1. 12. erklärte der US-Verteidigungsminister Schlesinger, daß eine Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams bei fortgesetzten Feindseligkeiten durchaus möglich sei, wobei diese Ansicht später als „persönliche Meinung“ herabgestuft wurde (FE 4467). Die Zerstörung eines Benzindepots in der Nähe von Saigon vernichtete etwa 40% der Treibstoffvorräte des Landes (FAZ 4. 12.). Am 4. 12. wurde durch nordvietnamesische Streitkräfte, unterstützt von Panzern, die

Distrikthauptstadt Kien Duc erobert (NZZ 6., 7. 12.). Am 6. 12. unterbreitete die Saigoner Delegation auf der Pariser Konferenz einen 3-Punkte-Plan, der den toten Punkt überwinden helfen soll, er sieht 1. die Einrichtung wöchentlicher Gesprächsrunden, bei denen polemische Reden unterbleiben sollen, 2. die Bildung von Ausschüssen zur Behandlung politischer Fragen und die Vereinbarung eines Zeitplanes zur schrittweisen Lösung bestehender Fragen und 3. die Einigung über den Termin für allgemeine Wahlen vor (NZZ 9. 12.). Gespräch zwischen Außenminister Kissinger und Le Duc Tho am 13. 12. über die Situation in Vietnam (FE 4477, 78). Die internationale Überwachungskommission für Vietnam (ICCS) ist seit 13. 12. wieder im Einsatz; die Stelle Kanadas hat der Iran in der Kommission vertreten (NZZ 15. 12.). Der Vietkong unterbreitete am 14. 12. einen 5-Punkte-Plan (VNA 15. 12. FE 4479); neue Gespräche zwischen Kissinger und Le Duc Tho am 18. 12. (FE 4481, NZZ 19., 20., 22. 12.) ohne konkrete Ergebnisse. Am 21. 12. erneute Unterbrechung der Pariser Vietnam-Verhandlungen durch den demonstrativen Exodus des Vietkong (NZZ 23. 12.); auch bei der 34. Sitzung am 28. 12. ergaben sich keinerlei Fortschritte (NZZ 30. 12.). Dagegen kam es bei den zahlreichen Gesprächen in Saigon zu einer grundsätzlichen Einigung zwischen Südvietnam und dem Vietkong, wonach der seit dem Juli unterbrochene Gefangenenaustausch vor dem Tet-Fest fortgesetzt werden soll; ausgetauscht werden sollen 3534 zivile, 33 militärische Gefangene der Regierung sowie 224 Zivilisten und 410 Soldaten des Vietkong (FAZ 28. 12.).

III. Ostasien

1. Volksrepublik China

Inneres Der Leitartikel der Jen-min Jih-pao zum 24. Jahrestag der VR China behandelte ausschließlich die Ergebnisse des 10. Parteitag; hervorgehoben wurde, daß die Linie dieses Parteitages eine Fortsetzung des 9. Kongresses gewesen sei; Betonung des Kampfes gegen die „Renegatenclique um Liu Shao-chi und die parteifeindliche Clique um Lin Piao“ (JMJP 1. 10.). Zum Jahrestag selbst fanden wie auch im Vorjahr keine Militärparaden und Massenveranstaltungen statt (FE 4413, 14). Am 15. 10. wurde die 34. Kanton-Messe seit 1957 eröffnet. Offiziellen Angaben zufolge hat China die Familienplanung „noch nicht völlig gemeistert“. Etwa 10 Millionen Frauen benutzen die „Pille“; Gründe für die Familienplanung sind die Koordinierung von Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum sowie die Forderung nach der Emanzipation der Frau; die Beschränkung der Familie auf zwei Kinder in bevölkerten Gebieten wird befürwortet, eine geburtenfreundliche Politik in dünn besiedelten Gebieten gefördert (NZZ 20. 10.). Die innerparteiliche Auseinandersetzung wurde mit einer Kampagne gegen Lin Piao sowie mit einer gegen Konfuzius fortgesetzt (FE 4407, 4415, 4425, 4427). Die Entsendung von Jugendlichen auf das Land wird weiter praktiziert (FE 4446); die Rolle der kommunistischen Jugend-Liga wird gestärkt (FE 4446). Der ehemalige Staatspräsident Liu Shao-chi soll angeblich schon seit Monaten tot sein (SZ 8. 11.); dagegen wurde der während der Anfangskampagne der Kulturrevolution kritisierte Schriftsteller Mao Tun Mitte November rehabilitiert (SZ 15. 11.). Die Auswanderung aus China erreichte 1973 ihren Höhepunkt; seit Jahresbeginn verließen mehr als 46 000 Personen auf legale Weise das Land (1972 5800, 1971 2300) (SZ 20. 11.). Der Philosoph Feng Yu-lan übte Anfang Dezember Selbstkritik als „Konfuzius-Verehrer“ (FAZ 4. 12.). Die Notwendigkeit weiblicher Kader („Frauen – eine Kraft, die die Hälfte des Himmels stützt“) wurde erneut propagiert, die Emanzipation als Komponente der Revolution dargestellt (NCNA 12. 12.). Das neue Erziehungssystem soll erste Erfolge erzielt haben; nach Statistiken von 67 Schulen haben sich diese mit 2825 Fabriken, Bergwerken und Volkskommunen verbunden; die Studenten sind nicht mehr von der proletarischen Politik und der produktiven Arbeit getrennt; Studenten der 21 wissenschaftlich-technischen Abteilung der Pekinger Universität kamen in Fabriken und führten 345 Forschungsprojekte zur Lösung praktischer Produktionsprobleme durch (NCNA 18. 12.). Die Anti-Konfuzius-Kampagne nahm zunehmend an Heftigkeit zu (FE 4443, 49, 61, 69) und führten zu Vermutungen über eine bevorstehende neue Kulturrevolution. Während der Kulturrevolution wurden mehr als 8 Mio. gebildete Jugendlichen umgesiedelt, etwa 60 000 von ihnen in die KP aufgenommen, 830 000 in die Kommunistische Jugend-Liga und 240 000 wurden zu Führern der Kader auf verschiedenen Ebenen befördert (NCNA 22. 12.). Der 80. Geburtstag Mao Tse-tungs am 26. 12. wurde in aller Stille begangen (NZZ 27. 12.). Die Stärke der chinesi-

schen Flotten wird auf etwa 1220 Schiffe geschätzt (Nordflotte 220, Ostflotte 700, Südflotte 300); die Besatzungen werden auf 112 000, die Infanterie auf 28 000 und die Marine/Luftwaffe auf 20 000 Mann mit 50 meist älteren Flugzeugen geschätzt (NZZ 16. 12.). (Zur Verteidigung der Inneren Mongolei siehe SZ 3. 11., zur Verteidigungsstrategie IHT 7. 11.).

Wirtschaft China publiziert relativ zahlreiche Angaben über die Wirtschaftsentwicklung in Teilbereichen bzw. Provinzen und Städten, ohne daß sich daraus ein genauer Überblick über den Stand der Wirtschaftsentwicklung gewinnen läßt; exakte Zahlenangaben für größere Regionen sind die Ausnahme. In 60% aller sämtlichen Haushalte von Produktionsbrigaden in Kommunen sind Lautsprecher installiert (NCNA 14. 9.; siehe auch W 744). Die Weizenproduktion hat sich in den letzten 24 Jahren mehr als verdoppelt, während die Bevölkerung um wenig mehr als 50% wuchs; 1972 betrug sie 240 Mio. t gegenüber 110 Mio. 1949; die Bevölkerung stieg im gleichen Zeitraum von 500 Mio. auf 700 Mio.; Tibet hat derzeit eine Bevölkerung von 1,4 Mio., einem Weltatlas aus Peking zufolge wird die Gesamtbevölkerung mit 703 260 000 (mit Datum Dezember 1972) inklusive Taiwan angegeben (W 745). 23 Mio. t Stahl sollen 1972 erzeugt worden sein, das 140fache von 1949; auf die mittelgroßen und kleineren Hüttenwerke entfielen 12% der Stahl- und 27% der Eisenproduktion (PR Nr. 40/73). Die Erzeugnisse der Schwerindustrie waren auf der Kanton-Messe ausgestellt; mehr als 2300 Erzeugnisse waren zu sehen, zu den neuesten gehören große T-Träger, nahtlos gezogene Rohre von 500 mm Weite, Wellrohre aus rostfreiem Stahl und glatter Schnellstahldraht; das Angebot an Ölprodukten verdeutlicht die Fortschritte der Ölindustrie; seit 1949 wurden mehrere große Ölfelder angelegt, ein umfassendes System vom Schürfen bis zur Raffinerie ist entstanden (NCNA 30. 10.). Die Energieerzeugung stieg trotz Rückgang des Kohleverbrauches um 23% gegenüber dem Vorjahr; 1973 übertraf die Energiekapazität die von 1965 um das 2,1fache, während der Stromausstoß 2,4mal so hoch war (NCNA 25. 12.). Die Kohleproduktion nimmt heute in der Welt den 3. Platz ein; 1949 betrug sie 30 Mio. t, von 1953 bis 1963 stieg sie auf 130 Mio.; 1970 stieg die Produktion im Vergleich zu 1965 um 71%, 1972 lag sie um 50% höher als 1970 (CA 1.74). Am Jahresende wurden drei Erfolge vermeldet: 1. Die 80 000 Volkskommunen konnten die beste Ernte seit 1949 einbringen, die mit 250 Mio. t das Rekordjahr 1971 übersteigt; damit ist China von ausländischen Lebensmitteleinfuhren unabhängig. 2. Die Ölfelder produzieren mehr, als für den Eigenbedarf benötigt wird; Öl wird nach Japan, Hongkong, Nordkorea, Nordvietnam exportiert. 3. Die Währung wird von über 60 Staaten als offizielle Rechnungseinheit akzeptiert. Seit 1950 konnten die Preise für Medikamente um 80% gesenkt werden (SZ 28. 12.). Transportwesen: In Hunan gab es Ende 1972 Straßen mit einer Gesamtlänge von 32 824 km (19 780 1965, 1305 1949); 80% des Gebietes sind mit dem Straßennetz verbunden; 53 000 m Holzbrücken konnten in feste Brücken umgebaut werden; 1972 wurden 600 km Straßen asphaltiert (W 744). Fukien verfügt über mehr als 200 000 km Straßen für den öffentlichen Verkehr; von 1966–1972 wurden über 5600 km gebaut, mehr als 2300 Brücken ausgebessert bzw. erstellt (W 745). Am Unterlauf des Yalu-Tsangpo in Tibet wurde eine Straßenbrücke mit einer Länge von 416 m erbaut (R. Peking 16. 12.). Luftfahrt: Über 80 Fluglinien verbinden mehr als 70 Städte; über 100 Linien werden mit dem Ausland unterhalten; der Lufttransport war von Januar bis Oktober um 100% gegenüber dem Vorjahr gestiegen; Luftfahrtschulen wurden eingerichtet, regelmäßige Trainingsseminare für die Mannschaften werden unterhalten, die gesamte Ausbildung wird von China selbst geleitet (NCNA 23. 11.). Die Flugzeugflotte wird erweitert; seit August 1971 wurden 35 Trident-Flugzeuge in Großbritannien bestellt, in den USA 10 Boeing 707, in der Sowjetunion 5 Iljuschin 62, eine Vorbestellung für 3 Super-Concorde erging ebenfalls (NZZ 4. 12.). (Zu Dadschai siehe NZZ 28. 10.)

Äußeres/Allgemeines Chinesisch wurde als 5. Amtssprache der Vereinten Nationen akzeptiert (NZZ 4. 11.); China bewarb sich um die Aufnahme als Vollmitglied in dem Internationalen Währungsfonds (IMF) der UNO und forderte gleichzeitig den Ausschluß von Taiwan (FAZ 1. 11.). **Asien/Japan**: Der lebhafteste Delegationsaustausch setzte sich fort; er kann hier nicht im einzelnen erwähnt werden. Die Mitsui Shipbuilding and Engineering Company erhielt den Auftrag für zwei Kranschiffe im Werte von 1800 Mio. Yen (Kyodo 27. 9.); die International Oil Trading Company importiert dieses Jahr 1 Mio. t Öl und möchte 1974 5 Mio. einführen (Kyodo 27. 9. W 744). Das Luftfahrtabkommen ist nach wie vor umstritten, ein starker Taiwan-Flügel macht seine Opposition geltend (Kyodo 4. 10. FE 4418). Die Moskaureise von Premier Tanaka

wird mit Interesse verfolgt (Kyodo 5. 10. FE 4417); Chou En-lai selbst unterstützt die japanische Haltung gegenüber Moskau (Kyodo 10. 10. FE 4421, 24); dies betrifft vor allem die japanische Forderung nach der Rückgabe der Kurilen (NCNA 13. 10. FE 4425). Der Wunsch nach einer baldigen Unterzeichnung des Luftverkehrsabkommens wurde einer Parlamentarierdelegation für Tanaka am 13. 10. übermittelt (NCNA 13. 10. FE 4425). Die Nissan-Automobilwerke haben einen Lieferauftrag für etwa 1500 Lastwagen und Traktoren im Werte von 5 Mia. Yen erhalten; Lieferung von April bis August 1974 (Jiji Press 18. 10.). Der Handel belief sich in den ersten acht Monaten 1973 auf 1372 Mia. \$, 87,9% mehr als im Vorjahr; davon 712 Mio. Importe von Japan und 660 Mio. \$ Exporte (Kyodo 31. 10.). Der Handel mit Japan auf privater Basis (Memorandum-Handel) seit 1968 wurde offiziell beendet (Kyodo 22. 11. FE 4460). Abschluß eines Handelsabkommens am 12. 12., Laufzeit 3 Jahre mit automatischer Verlängerung; gegenseitig wird die Meistbegünstigung eingeräumt, Verrechnungseinheit Yen bzw. Yüan; ein Handelskomitee auf Regierungsebene soll eingerichtet werden (Kyodo 12. 12. W 755, NZZ 15. 12.). **Nordkorea**: Unterzeichnung eines Transportabkommens über den Grenzeisenbahnverkehr am 7. 10. (NCNA 7. 10.). Protokoll über die 14. Tagung des gemeinsamen Komitees über wissenschaftlich-technische Kooperation am 6. 11. (NCNA 6. 11.); Abkommen über den Transport auf den Grenzflüssen beim 13. Treffen des gemeinsamen Ausschusses am 31. 12. (NCNA 31. 12.). **Mongolische VR**: Erneute Angriffe gegen die Politik Chinas anlässlich des Besuches von Honecker in Ulan Bator (SZ 13. 10.); Protokoll über den Eisenbahnverkehr am 4. 11. (NCNA 4. 11.); neue Angriffe durch Tsedenbal am 12. 11. bei einer Konferenz der Parteisekretäre (Montsame 12. 11. FE 4451). **Republik China**: Weiterhin Verfolg einer „weichen Linie“ gegenüber Taiwan unter Einsetzung von früheren nationalchinesischen Diplomaten und Überseechinesen (FE 4413, 15, 29, 35, 40); Bericht über angeblich negative Auswirkungen ausländischer Kapitalinvestitionen auf die Wirtschaft Taiwans (NCNA 14. 10.). Ausschluß Taiwans aus der Organisation der Asiatischen Spiele am 16. 11. mit 38 zu 13 Stimmen, 5 Enthaltungen (FAZ 17. 11.). **Nordvietnam**: Protokoll über kostenlose Militärhilfe am 5. 10. (NCNA 5. 10. FE 4418); Handels- und Zahlungsabkommen für 1974 am 19. 10. (NCNA 19. 10.). Gemeinsame Verurteilung der amerikanischen Indochinapolitik (NCNA 27. 10.). Regierungsdelegation unter Pham Van Dong auf dem Rückweg aus Osteuropa in Peking (NCNA 4. 11.). Besuch von Nguyen Huu Tho am 18. 11. (NCNA 18. 11. FE 4450); Treffen mit Mao Tse-tung (NCNA 19. 11.), Abkommen über kostenlose wirtschaftliche Hilfe am 20. 11. (NCNA 20. 11. FE 4457, Communiqué FE 4460). Exekutivplan für die Zusammenarbeit der Akademien der Wissenschaften am 30. 11. (NCNA 30. 11.); Vereinbarung über engere Zusammenarbeit auf dem Rundfunkwesen (NCNA 30. 11. W 754). **Laos**: Besuch einer Freundschaftsdelegation vom 28. 11.–2. 12. durch die „befreiten Gebiete“ von Laos (FE 4466, 67, 69). **Thailand**: Positive Kommentierung der innenpolitischen Entwicklung (NCNA 18. 10.). Zusage der Lieferung von 50 000 t Dieselöl zur Linderung der Energiekrise (NZZ 14. 12. FE 4484); Besuch einer Handelsdelegation vom 24.–27. 12. unter dem stellv. Außenminister Chunhawan (NCNA 27. 12.), dem ersten Besuch offizieller Vertreter in Peking. **Kambodscha**: Weiterhin Unterstützung für die Exilregierung des Prinzen Sihanouk; Glückwünsche zum 20. Nationalfeiertag Kambodschas (NCNA 8. 11.), Vorhersage des Untergangs der Lon-Nol-Regierung (NCNA 4. 12.). **Indonesien**: Außenminister Malik erklärte am 23. 10., daß er innerhalb von 12–24 Monaten auf eine Normalisierung der Beziehungen hoffe (SCMP 24. 10.). **Malaysia**: Verhandlungen in Washington über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen (JJI Press 16. 10.); seitens Malaysias keinerlei Vorbedingungen (R. Kuala Lumpur 15. 11. FE 4453). Weiterhin Unterstützung Chinas für die „Voice of Malayan Revolution“ (FE 4484). **Singapur**: Zustimmung, mehr und größere Schiffe nach Singapur zu entsenden, um die Frachtraten zu senken (JAT 26. 10.) **Philippinen**: Handelsdelegation des China-Rates vom 23.–26. 11. in Manila (W 754, FE 4474). **Pakistan**: Besuch einer Wirtschafts- und einer Militärdelegation (FE 4484, 86); Errichtung einer Textilmühle in Mirpor mit chinesischer Hilfe (W 753). **Nepal**: Würdigung der gegenseitigen Beziehungen anlässlich des Jahrestages des Grenzvertrages (NCNA 4. 10.). **Ozeanien**: **Neuseeland**: Handelsabkommen am 9. 10., Besuch des Ministers für Überseehandel J. A. Walding (NCNA 9. 10.). **Australien**: Abkommen über die Lieferung von Weizen im Werte von 90 Mio. \$ im ersten Halbjahr 1974 (600 000 t) (R. Melbourne 22. 10. W 746, 748). Besuch von Premier Whitlam vom 31. 10.–4. 11. Aufforderung Chou En-lais an Whitlam gegen „Expansionismus der Großmächte im asiatisch-pazifischen Raum“ an-

zugehen, Wiederholung der Beteuerung, niemals „Supermacht“ zu werden (FE 4439, 40, 41, 43). Kauf von 300 000 t Zucker jährlich in den nächsten 3–5 Jahren (R. Melbourne 4. 11. W 750). Whitlam gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß Australien zu einem besseren Verhältnis Chinas zu seinen Nachbarn beitragen könne (R. Melbourne 8. 11. FE 4447); Abkommen über den Kauf von 1 Mio. t Einsatz jährlich für 3 Jahre beginnend 1974 (R. Melbourne 5. 12. W 754). **Afrika:** Ägypten: Besuch des stellvertr. Präsidenten Shaf'i'i; Würdigung des „tiefen Verständnisses“ Chinas für die Probleme Ägyptens (NCNA 22.–24. 9. FE 4407). Algerien: Besuch einer Jugenddelegation (NCNA 10. 11.). Angola: Besuch einer Delegation unter dem Führer der ‚Angolan National Liberation Front‘, H. Roberto, vom 3.–18. 12. (NCNA 4., 6., 18. 12.). Äthiopien: Geschenk von 10 000 t Weizen für die Trockengebiete (NCNA 13. 10.); Bankett anlässlich des Inauguralfluges am 2. 11. (NCNA 2. 11.). Burundi: Handelsdelegation vom 20.–25. 10. in Peking (CNA 20.–25. 10.). Ghana: Besuch eines Teams zur Untersuchung der Möglichkeit des Baues einer Zementfabrik R. Accra 16. 10.). Guinea-Bissau: Anerkennung durch die VR China am 30. 9., Botschaft Chi Peng-fei an Victor Saude Maria (CNA 30. 9.). Guinea: Regierungsdelegation zu den Feiern des 3. Jahrestages des Sieges gegen die „portugiesische Aggression“ (NCNA 17., 21. 11.). Kamerun: Positive Bewertung der „Kamerunisierung“ des wirtschaftlichen und geistigen Lebens (NCNA 30. 12.). VR Kongo: Unterstützung beim Bau einer technischen Hochschule in Fort-Rousset; Unterzeichnung eines Abkommens über die Entsendung von Lehrkräften (R. Lagos 22. 11.). Mauritius: Feiern zur Fertigstellung der ersten Stufe eines Wasservorratsprojektes am 3. 12. (NCNA 4. 12.). Obervolta: Abkommen über wirtschaftliche und technische Hilfe vom 3. 12., wonach China 11 286 Mio. CFA Francs zur Verfügung stellen wird (R. Ouagadougou 4. 12., NCNA 5. 12.). Somalia: Besuch einer Regierungsdelegation vom 21.–24. 11. (FE 4461). Sudan: Besuch von Außenminister Khalid vom 26.–31. 10.; Gespräche u. a. mit Chou En-lai und Chi Peng-fei (FE 4436–39). Sierra Leone: Besuch von Präsident Siaka Stevens vom 6.–15. 11.; Gespräche u. a. mit Chou En-lai, Empfang bei Mao Tse-tung, Bekräftigung der Rolle Chinas als Freund der afrikanischen Völker; Unterzeichnung eines zusätzlichen Protokolls zum Abkommen über wirtschaftliche und technische Kooperation (FE 4445, 46, 48, 49). Tansania: Besuch einer Gesundheitsdelegation vom 29. 9.–21. 10. (NCNA 29. 9., 21. 10.); am 2. 11. Grundsteinlegung für eine pharmazeutische Fabrik mit chinesischer Hilfe (W 751). Tschad: Abkommen über technische und wirtschaftliche Hilfe sowie ein Handelsabkommen am 20. 11. (NCNA 20. 11.); Besuch einer Regierungsdelegation unter Minister A. Dionouma (NCNA 20. 9.); Besuch einer Landwirtschaftsmission im Tschad zur Besichtigung der Reisbanaugebiete (R. Ndjama 9. 12.). Tunesien: Berichte über die Kritik Bourgibas an der sowjetischen Nahostpolitik (NCNA 8. 11.). Zaire: Besuch von Außenminister Nguz Karl I Bond vom 21.–25. 11. (FE 4461). **Naher Osten:** Verurteilung der „israelischen Aggression“ vom 6. 10., einseitige Parteinahme für die Araber (NCNA 8. 10. FE 4419, 21); kommentarlose Meldung des Sechs-Punkte-Abkommens zwischen Ägypten und Israel (NCNA 15. 10.). Stimmenthaltung bei den entscheidenden Abstimmungen in den Vereinten Nationen über den Waffenstillstand (FE 4432). **Südjemen:** Handelsabkommen, nach dem China eine nichtgenannte Menge an Weizen exportieren wird (R. Aden 26. 11. W 754). Iran: Besuch des Vorsitzenden der National Oil Company vom 28. 9.–3. 10.; Gespräche u. a. mit Chou En-lai (FE 4416); Eröffnung eines chinesischen Pavillons auf der Internationalen Messe Teheran vom 11.–24. 9. (FE 4437). **Europa:** Weiterhin Ablehnung der Europäischen Sicherheitskonferenz (NCNA 20. 10., R. Peking 10. 12.); Ermunterung für die europäische Integration (NZZ 19. 12.). **Niederlande:** Besuch von Wirtschaftsminister R. F. N. Lubbera vom 19.–24. 11. (NCNA 24. 11.). **Frankreich:** Delegation der „L'Humanité Rouge“ Mitte November (NCNA 12. 11.); Kauf von 30 Hubschraubern des Typs Super-Frelon (NZZ 20. 11.). **Griechenland:** Bericht über den Militärputsch vom 25. 11. (NCNA 28. 11.). **Großbritannien:** Kauf von 15. Passagiermaschinen „Trident“ im Werte von 300 Mio. DM (FAZ 4. 12.); Verschiebung des Besuches von Premier Heath wegen der innenpolitischen Situation (NCNA 19. 12.). **Schweiz:** Luftverkehrsabkommen am 12. 11. (DPA 12. 11.); Eröffnung des Linienverkehrs frühestens 1975 (NZZ 21. 11.). **Finnland:** Eröffnung von Gesprächen über Luftfahrtverkehr Anfang 1974 (R. Helsinki W 753). **Spanien:** Der erste Botschafter in Spanien, Chen Chao-yüan, trat am 27. 10. seinen Posten an (NCNA 28. 10.). **BRD:** Fortsetzung der Verhandlungen über das geplante Stahlwerk (DPA 5. 10., 11. 12.). **Türkei:** Intensivierung der Wirtschaftsbeziehun-

gen, Kauf von 20 000 t Reis 1973 durch Ankara (NCNA 3. 10.). **Amerika/USA**: Verschiebung des Besuches von Kissinger wegen der Nahostkrise auf den 10.–14. 11.; Gespräche mit Chou En-lai und Zusammentreffen mit Mao Tse-tung (NCNA 12. 11. FAZ 12. 11.), Bestätigung, daß beide Seiten keine Vorherrschaft im asiatisch-pazifischen Raum oder im anderen Teil der Welt anstreben, Vereinbarung über den Ausbau der Verbindungsbüros, Betonung durch Peking, daß die Normalisierung nur auf der Grundlage der Bestätigung der Ein-China-Prinzipien erfolge (Kommuniqué NCNA 14. 11., FAZ, NZZ 15. 11.). Der Handelsaustausch stieg von 4,9 Mio. \$ 1971 über 90 Mio. 1972 auf etwa 900 Mio. \$ 1973 (IHT 4. 12.). Kauf von weiteren 500 000 t US-Weizen; nach dem Stand vom 25. 11. bestehen Kontrakte für die Lieferung von 1,15 Mio. t im Wirtschaftsjahr 1974/75 (SZ 10. 12.). **Kanada**: Abkommen über Luftverkehr am 15. 10. (W 747); Bestellung von 16 Düsenmaschinen im Werte von 2 Mio. \$, Auslieferung 1975 (W 753); Verkauf von Weizen im Werte von 1,5 Mia. \$ (etwa 6 Mio. t); Beginn der Lieferung im 1. Halbjahr 1974 (W 745 NZZ 9. 10.); Besuch von Premier Trudeau vom 10.–17. 10.; Gespräche u. a. mit Chou En-lai, Empfang bei Mao Tse-tung (NCNA 10.–17. 10., FE 4422, 23. bis 28.). **Guyana**: Handelsabkommen am 25. 10. für 1974 (NCNA 25. 10.). **Chile**: Der ehemalige Botschafter Armando Uribe verließ Peking, nachdem ihm die Regierung die Akkreditierung aberkannt (SZ 19. 10.). **Sozialistische Staaten**: Albanien: Abkommen über wissenschaftliche Zusammenarbeit der Akademien der Wissenschaften für 1974 am 21. 11. (NCNA 21. 11.) Protokoll über die 15. Sitzung des gemeinsamen Komitees für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 11. 12. (ATA 12. 12.). (Über die Wirtschaftshilfe Chinas siehe NZZ 18. 12.). **Rumänien**: Reger Delegationsaustausch; Besuch von Außenhandelsminister Ion Patan vom 14.–19. 11.; Unterzeichnung eines Protokolls für den Handelsaustausch 1974 (W 752); Lob Ceausescu für die Politik der USA gegenüber der UdSSR und der VR China (Agerpres 5. 12.). **Jugoslawien**: Abkommen über technische Zusammenarbeit bei der Schiffsregistrierung am 27. 9. (W 744). Positive Bewertung des Kissinger-Besuches in China (R. Zagreb 14. 11.). **DDR**: Weiterhin Kritik an der Politik Pekings, doch Bestätigung, daß China „noch sozialistisch“ sei (MD 23. 11.). **CSSR**: Kritik an den chinesischen Abrüstungsvorschlägen (Ceteka 3. 12.); Handels- und Zahlungsabkommen für 1974 am 17. 12. (NCNA 17. 12.); Erhöhung des Handelsumsatzes 1973 um 16% gegenüber dem Vorjahr.

(Die Berichterstattung über die anderen Staaten Ostasiens erfolgt in H. 3/74)

Gottfried-Karl Kindermann (Hrsg.)

Stimmen des anderen China

Nationalchinesische Experten zu entwicklungspolitischen Alternativen für China

88 Seiten, Broschur, DM 15,—

ISBN 380 39 0102 2

Es gibt kein vollständiges Bild der innen- und außenpolitischen Gesamtlage Chinas ohne die Kenntnis und das Mitbedenken des Taiwan-Problems. Faktenreiche Darstellungen politisch führender nationalchinesischer Experten berichten in diesem Band über Konzeptionen und praktische Resultate einer chinesischen Entwicklungspolitik, die Taiwan in zweieinhalb Jahrzehnten vom Bauernland zum Industriestaat und zu einem der exportstärksten Länder Ostasiens gemacht haben. Auch die international als vorbildlich geltende Agrarreform wird behandelt. Ein in Deutschland promovierter Kultusminister schildert neueste Ansätze nationalchinesischer Bildungsreformen. Der durch seine erfolgreiche Afrika-Politik berühmt gewordene Diplomat Yang Hsi-kun spricht über weltanschauliche und außenpolitische Aspekte des nationalchinesischen Widerstandes. Das Bild wird abgerundet durch eine neue Fakten bringende, realistische Analyse militärpolitischer Probleme Taiwans. Den Rahmen des Bandes bildet eine ausführliche und kenntnisreiche historisch-politische Einführung durch einen bekannten Politikwissenschaftler und Fernostexperten der Universität München sowie eine ergänzende Chronologie und Bibliographie zum Taiwan-Problem.

Weltforum Verlag • 8 München 19 • Hubertusstraße 22